Treffpunkte

Frankfurter Zeitschrift für Gemeindepsychiatrie

3 / 2014

- **Hessen will besser helfen**
  Der Landtag bereitet ein »Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz« vor
- **Enttäuschte Erwartungen**
  Die ambulante Soziotherapie führt weiterhin ein Schattendasein
- **Frisch gestrichen!**
  Kommunizieren für den guten Zweck
- **... aber bitte mit Sahne!**
  Das Frankfurter KulturTreffCafé hat sich etabliert
- **Psychiater per Internet**
  Pro und Kontra Bewertungsportale
- **Fragebogen**
  Sieben Fragen an Dieter Debus

GELD –
Mehr als ein Zahlungsmittel

Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V.

Herausgegeben von der Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V.

Die Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e. V.

hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1970 zur Aufgabe gemacht, die Situation psychisch kranker Menschen in Frankfurt am Main zu verbessern und deren gleichberechtigte Teilnahme im städtischen Leben und das Miteinander in der Gesellschaft zu fördern.

Hierzu hat die Organisation im Lauf der Jahre viele Projekte initiiert, Dienste und Einrichtungen gegründet und unterhält heute vorrangig im Süden der Stadt ein umfangreiches Hilfe-, Beratungs- und Unterstützungsangebot im Rahmen der gemeindepsychiatrischen Versorgung der Großstadt Frankfurt am Main.

Die Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e. V. betreibt mit rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern folgende Dienste und Einrichtungen: Betreutes Wohnen, die Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle Süd, eine Tagesstätte, ein Wohnheim und den offenen »Treffpunkt Süd«. Die Einrichtungen bieten psychisch kranken Menschen Unterkunft, psychosoziale Betreuung und Beratung sowie die Möglichkeit, ihren Tag zu strukturieren und mit anderen Menschen ins Gespräch und in Kontakt zu kommen.

Der Psychosoziale Krisendienst, für ganz Frankfurt am Main ebenfalls organisiert von der Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e. V., sichert außerhalb der allgemeinen Dienstzeiten der Beratungsstellen und sonstigen Dienste in Notlagen psychosoziale Hilfe und vermittelt bei Bedarf zu ärztlicher Hilfe. Er wendet sich an Menschen mit psychischen Erkrankungen und seelischen Behinderungen, die an einer akuten ernsthaften Störung ihrer seelischen Gesundheit leiden, sowie deren Angehörige, Freunde, Bekannte und Nachbarn.

Die von der Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V. herausgegebene Zeitschrift für Gemeindepsychiatrie »Treffpunkte« dient der Vermittlung von Fachinformationen und der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Situation psychisch kranker Menschen. Die Zeitschrift soll helfen, Vorurteile gegenüber diesem Personenkreis abzubauen.

Der Vorstand der Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V. setzt sich zusammen aus Stephan von Nessen (1. Vorsitzender), Regina Stappelton (2. Vorsitzende) sowie den weiteren Vorstandsmitgliedern Gabriele Schlembach, Kirstin von Witzleben-Stromeyer, Wolfgang Schrank und Bernard Hennek. Geschäftsführer der Bürgerhilfe ist Gerhard Seitz-Cychy.

Die Arbeit des Vereins wird finanziert durch Leistungsentgelte für die erbrachten Einzelangebote, durch Zuschüsse der Stadt Frankfurt am Main und des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen sowie durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

www.bsf-frankfurt.de

Impressum

Treffpunkte
Frankfurter Zeitschrift für Gemeindepsychiatrie
Ausgabe 1/2014

Konzept
Die Zeitschrift ist ein Forum für alle Beteiligten in der ambulanten, teilstationären und stationären Psychiatrie sowie in der Sozialpsychiatrie. Die Zeitschrift berichtet über allgemeine Entwicklungen; das besondere Gewicht liegt auf regionalen Aspekten der Rhein-Main-Region.

Gründer
Christof Streidl (1939-1992)

Herausgeber
Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e. V.
Holbeinstraße 25-27, 60596 Frankfurt am Main
Telefon 069 96201869, Fax 069 627705
gst@bsf-frankfurt.de
www.bsf-frankfurt.de

Redaktionsteam
Henning Böke, Christel Gilcher, Oliver Glaubrecht, Stephan von Nessen, Gerhard Pfannendörfer, Stavroula Poursaitidou, Gerhard Seitz-Cychy, Stefan Thalheim

Chefredaktion
Gerhard Pfannendörfer
Eichwaldstraße 45, 60385 Frankfurt am Main
gerhard.pfannendoerfer@gmail.com

Druck und Vertrieb
Reha-Werkstatt Rödelheim, Biedenkopfer Weg 40a
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 907498-0, Fax 069 90749825
rwr@frankfurter-verein.de
www.frankfurter-verein.de/frankfurter-verein/rwr/rwr.html

Layout, Satz und Gestaltung
Bettina Hackenspiel / bettin@hackenspiel.de

Titelseite
»Geld wird Gott«, stellte bereits vor über hundert Jahren der Soziologe Georg Simmel fest und nannte als Hinweis die überragende Bedeutung der Banken in unserer Gesellschaft.
Foto: Gerhard Pfannendörfer

Erscheinungsweise
Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich.

Auflage
1.100 Exemplare

Einzelpreis
Die Zeitschrift kostet 5,- Euro einschließlich Versandpauschale.

Abonnement
Das Jahresabonnement kostet 19,- Euro einschließlich Versandkosten. Das Abonnement kann bis zum 31. Dezember jedes Jahres gekündigt werden. Bestellungen bitte an den Herausgeber.

Förderabonnement
Mit einem Förderabonnement ab 30,- Euro jährlich kann die Zeitschrift unterstützt werden.

Anzeigen
Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e. V.
Holbeinstraße 25-27, 60596 Frankfurt am Main
Telefon 069 96201869, Fax 069 627705
gst@bsf-frankfurt.de
www.bsf-frankfurt.de

Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V.

» Geld ist immer vorhanden, aber die Taschen wechseln.«

Gertrude Stein, amerikanische Schriftstellerin (1874-1946)

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Phönizier haben das Geld erfunden – aber warum so wenig? So wunderte sich schon der österreichische Komödiendichter Johann Nepomuk Nestroy und auch heute fragt sich so mancher, warum am Ende des Geldes immer noch so viel Monat übrig ist. In dieser Ausgabe berichtet eine Mutter, welche Auswirkungen eine psychische Erkrankung auf die wirtschaftliche Situation einer Familie haben kann; zumal wenn die Behörden sich quer stellen (Seite 14). Eine neue Studie der Bundespsychotherapeutenkammer zeigt, dass fast jede zweite neue Frührente auf eine psychische Erkrankungen zurückzuführen ist (Seite 17). Und »Frührente« bedeutet vielfach ein Leben am Rande des Existenzminimum: Eine Erwerbsminderungsrente beträgt durchschnittlich rund 600 Euro im Monat. Dabei könnten der Studie zufolge psychisch bedingte Frührenten häufig vermieden werden. Es mangele, so die Forscher, vor allem an Behandlungsplätzen für psychisch kranke Menschen sowie an ausreichenden und für sie maßgeschneiderten Rehabilitationsleistungen. Das Resümee ihrer Studie: »Psychische Erkrankungen führen viel zu oft zu Erwerbsunfähigkeit und Armut.«

*

Vom 18. bis 26. September 2014 findet die die diesjährige Frankfurter Psychiatriewoche statt. Erstmals stehen die Veranstaltungen unter einem Gesamtmotto: »Menschen in der Krise – Theorie und Praxis«. Die aktuellen Hinweise zu den geplanten Begegnungen, Tagen der offenen Tür und Diskussionen stehen auf einer Webseite im Internet frei zugänglich zur Einsicht zur Verfügung: www.psychiatrie-woche.psychiatrie-frankfurt.de.

Gerhard Pfannendörfer
Redaktion »Treffpunkte«
gerhard.pfannendoerfer@gmail.com

Inhalt

Editorial

1 Von Gerhard Pfannendörfer

Magazin

3 **Hessen will besser helfen**
Der Landtag bereitet ein »Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz« vor
Von Pitt von Bebenburg

5 **Enttäuschte Erwartungen**
Die ambulante Soziotherapie führt weiterhin ein Schattendasein
Von Hansgeorg Ließem

6 **Kein Streichelzoo - nirgends**
Das Ende der tiergestützten Therapie in Köppern ist absehbar
Von Stavroula Poursaitidou

8 **Frisch gestrichen!**
Kommunizieren für den guten Zweck
Von Franz Biebl

9 **... aber bitte mit Sahne!**
Das Frankfurter KulturTreffCafé hat sich etabliert
Von Olaf Olbricht

Thema

13 **Chaotische Bürokratie**
Ein Gespräch über den Alltag einer Familie
Von Christel Gilcher

16 **Politischer Handlungsbedarf**
Es darf keinen Automatismus vom Reha-Antrag zur Rente geben
Von Stavroula Poursaitidou

20 **Zeit zum Durchatmen verschaffen**
Bei der Schuldnerberatung muss die gesamte Lebenssituation in den Blick genommen werden
Von Achim Gabler und Jörg Bärenwald

Forum

22 **Psychiater per Internet**
Pro und Kontra Bewertungsportale

Informationen

24 **Rhein-Main-Kaleidoskop, Notizen, Themenhefte, Zitat**

Fragebogen

32 Sieben Fragen an Dieter Debus

Hessen will besser helfen

Der Landtag bereitet ein »Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz« vor

Von Pitt von Bebenburg

Hessen soll ein neues Gesetz bekommen, das die Hilfen für psychisch Kranke regelt. Ob und wann es fertig wird, steht nicht fest.

Die hessische Landesregierung und die Regierungsfraktionen von CDU und Grünen bereiten ein neues Paragraphenwerk für die Psychiatrie vor. Dabei sollen Fachleute mitreden können. Das haben Sozialminister Stefan Grüttner (CDU) sowie die Abgeordneten Ralf-Norbert Bartelt (CDU) und Marcus Bocklet (Grüne) angekündigt. Die SPD hatte ebenfalls ein solches Vorhaben angekündigt, verfügt aber nicht über die erforderliche Mehrheit im Parlament.

Die Sozialdemokraten halten es für höchste Zeit, dass ein solches Gesetz kommt. Kein Bundesland sei so weit hinter der Zeit her wie Hessen, sagt ihr Gesundheitspolitiker Thomas Spies. Denn hier gelte noch ein Gesetz von 1952, das die Zwangsmaßnahmen bei psychischen Erkrankungen regele – aber keine Hilfen. Auch der FDP-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Florian Rentsch, stimmt zu: »Dass gehandelt werden muss, ist unstreitig.« Die Abgeordneten hoffen, dass das sensible Thema aus dem traditionellen politischen Streit herausgehalten werden kann.

CDU und Grüne hatten die Neuregelung bereits in ihrer Koalitionsvereinbarung beschlossen, die sie im Dezember 2013 unterzeichneten. »Hilfestellungen und Regelungen zur stationären Unterbringung psychisch kranker Menschen werden in ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKG) gefasst«, heißt es darin. Die aktuelle Rechtsprechung solle berücksichtigt werden. »Zur Verbesserung der Hilfen für psychisch kranke Menschen fördern wir die Angebote vor Ort«, formulierten CDU und Grüne weiter.

Anders als im bisherigen Gesetz soll die neue Fassung die Hilfe vor Zwang stellen und Prävention vor Restriktion – darin sind sich die politischen Parteien einig. Das derzeit gültige Gesetz drückt schon in seinem Titel den Geist längst vergangener Jahrzehnte aus. Es heißt »Gesetz über die Entziehung der Freiheit geisteskranker, geistesschwacher, rauschgift- oder alkoholsüchtiger Personen«.

Eine Überarbeitung dieses Gesetzes gliche »dem Aufbruch aus dem Mittelalter in die Moderne«, sagte der SPD-Politiker Spies. Minister Grüttner spricht von »gänzlich veränderten Rahmenbedingungen«. Er weist allerdings vorsorglich darauf hin, dass die Versorgung von psychisch kranken Menschen in Hessen auch heute keineswegs schlecht sei.

Der CDU-Abgeordnete Bartelt betont: »Es ist unser Ziel, dass ein modernes Gesetz die nötigen Rahmenbedingungen für psychisch kranke Menschen schafft, ein selbstbestimmtes Leben in Würde mit ausreichendem Zugang zu therapeutischen Maßnahmen zu führen.« Einigkeit besteht zwischen Koalition und SPD darin, dass das Land mehr Geld für diesen Bereich aufwenden muss. So könnte Hessen regeln, dass

sozialpsychiatrische Dienste vorgehalten werden müssen. Bisher kommen Kommunen und private Träger für diese Versorgung auf. Wenn die gemeindenahe Versorgung vorgeschrieben würde, träte das »Konnexitätsprinzip« in Kraft. Danach müsste das Land bezahlen, was es in Auftrag gibt.

Das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz werde »nicht zum Nulltarif zu haben« sein, weiß der Grüne Bocklet. »Es gibt das sicherlich nicht umsonst«, räumt auch Sozialdemokrat Spies ein. Man sei aber »weit von den Dimensionen der Kinderbetreuung entfernt«, fügte er hinzu, ohne sich auf einen Betrag festzulegen. Für die Kinderbetreuung gibt das Land dreistellige Millionenbeträge im Jahr aus. Einig sind sich die politischen Lager darin, bei der Erarbeitung des Gesetzes Fachleute einzubeziehen. Es würden »die Expertenmeinungen von Medizinern, Justiz, Polizei und Patientenvertretern eingeholt«, kündigte der CDU-Land-

tagsabgeordnete Bartelt bei einer Landtagsdebatte im April an. Die schwarz-grüne Koalition wolle das hoch sensible Gesetz nach Bartelts Worten möglichst in breiter Übereinstimmung auf den Weg bringen.

Ähnlich drückte sich der Grüne Marcus Bocklet aus. »Ein Gesetz, das so sehr in das Leben Einzelner eingreifen kann, bedarf eines besonders sensiblen Gesetzgebungsverfahrens«, sagte er. »Wir werden selbstverständlich alle Vorschläge und Anregungen von Verbänden, Initiativen, Einzelpersonen und natürlich auch von den anderen Parteien zur Erstellung des Gesetzes umfassend prüfen und gegebenenfalls aufnehmen.«

Es ist üblich bei der Gesetzgebung, dass die Experten in einer Anhörung Stellung nehmen können, wenn ein Entwurf vorliegt – spätestens nach der ersten Lesung im Landtag. Die SPD strebt beim Psychisch-Kranken-Gesetz ein anderes Vorgehen an. Sie will die Fachleute bereits hören, bevor ein Entwurf auf dem Tisch liegt – damit deren Meinungen einbezogen werden können. Noch vor der Sommerpause sollten daher Ärzte, Krankenhäuser, Patientenvertreter, Krankenkassen, die sozialpsychiatrischen Dienste, Betreuer, Justiz und Wissenschaftler vom Landtag eingeladen werden, beantragte seine Fraktion.

Die schwarz-grüne Koalition hat hingegen noch nicht entschieden, ob sie mit einer Anhörung beginnen oder zunächst Eckpunkte vorlegen will.

In den vergangenen Jahrzehnten hatte es immer wieder Ansätze zu einer Neuregelung gegeben. Diese waren aber jedes Mal im Sande verlaufen. Auch unter der vorigen Landesregierung von CDU und FDP hatte es Überlegungen im Sozialministerium gegeben, das seinerzeit schon von Sozialminister Grüttner geführt wurde. »Wir waren bereits in 2013 und sind weiterhin mit allen Akteuren dazu im Gespräch, um bei einem für die Betroffenen so hoch sensiblen Gesetz möglichst auf der Basis eines breiten Konsens zu handeln«, berichtet Grüttners Sprecherin Esther Walter. »Deshalb haben wir auch ganz bewusst auf das Gesetz am Ende der letzten Legislatur verzichtet, um einer neuen Regierung bei einem so wichtigen Thema nicht vorzugreifen und Fakten zu schaffen.«

Was geklärt werden muss

1. Wie hat sich die psychiatrische Versorgung seit der Psychiatrieenquete verändert und welche Leitlinien müssen für eine zukünftige Versorgung gelten?
2. Wie hat sich insbesondere das Verhältnis von ambulanter und stationärer Behandlung entwickelt und welche sozialen Unterstützungsangebote sind vorhanden oder erforderlich?
3. Welche rechtlichen Anforderungen müssen angesichts der Rechtsprechung der letzten Jahre und der Entwicklung der Rechtswissenschaft an ein Psychisch-Kranken-Gesetz gestellt werden?
4. Welche weiteren Anforderungen sind an ein modernes Psychisch-Kranken-Gesetz zu stellen?
5. Welche Auswirkungen werden die neuen Finanzierungsmodelle für die Psychiatrie seitens der gesetzlichen Krankenversicherung (PEPP) sowie des Landeswohlfahrtsverbands (PerSeh etc.) auf die Entwicklung der Versorgungslandschaft haben und wie muss ein Psychisch-Kranken-Gesetz hier einwirken?
6. Mit welchen Kosten zulasten welcher Kostenträger muss bzw. sollte gerechnet werden?

Aus einem Antrag der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag vom 14. März 2014 für eine Expertenanhörung zu einem neuen Psychisch-Kranken-Gesetz

Pitt von Bebenburg
berichtet für die Frankfurter Rundschau aus der hessischen Landespolitik.

Enttäuschte Erwartungen

Die ambulante Soziotherapie führt weiterhin ein Schattendasein

Von Hansgeorg Liessem

Die Richtlinien für Soziotherapie sollen reformiert werden. Doch die Hoffnungen auf bessere Bedingungen werden wohl enttäuscht werden.

Im letzten Sommer erschien der Bericht einer Mutter über die Erfahrungen mit ihrer psychisch erkrankten Tochter: »Schizophrenie ist scheiße, Mama!« (Janine Berg-Peer: Schizophrenie ist scheiße, Mama! S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main. 9,99 Euro. ISBN 978-3-596-18914-4)

Hierin wird immer wieder die Frage gestellt, weshalb denn niemand nach Hause kommt, wenn sich die schreckliche Krise ankündigt und dann ausbricht. Es ist gut, einen Arzt zu haben, dem man vertrauen kann. Es ist hilfreich, Medikamente einzunehmen, die Wirkung zeigen. Doch weshalb muss man sich immer alles selbst holen? Weshalb muss man sich anpassen an die Kalender viel beschäftigter Profis, weshalb kommen sie nicht dann in die private Lebenssituation, wenn die Patienten sie wirklich brauchen?

Der Leser muss bis auf Seite 210 warten, bis zum ersten Mal die »Soziotherapeutin« auftaucht, um dann immer wieder mit großer Erleichterung und wirklicher Dankbarkeit erwähnt zu werden. Besser kann man die Aufgaben des Soziotherapeuten nicht beschreiben. Er ist so etwas wie der Botschafter des Arztes im privaten Milieu der Patienten. Er hat Zeit, kann zuhören und verstehen, vermitteln mit dem sozialen Umfeld, wenn dort wegen der Symptome einige Verwirrung entstanden ist, und immer wieder ermutigen, die Hoffnung auf Genesung nicht aufzugeben. Weshalb braucht es ausgerechnet in Berlin mehr als zehn Jahre, bis eine engagierte Mutter auf die Möglichkeit der Soziotherapie aufmerksam gemacht wird, schließlich sind dort mehr als 40 Soziotherapeuten tätig? Was machen die Betroffenen bloß in Frankfurt am Main, Wiesbaden, Darmstadt oder Kassel? Dort verschreibt kein Arzt Soziotherapie, weil er keinen wüsste, der die Verordnung praktisch umsetzen könnte. In ganz Hessen sind nur drei anerkannte Soziotherapeuten tätig, in Gießen und im Landkreis Hochtaunus.

Eine Arbeitsgruppe wurde beim Gemeinsamen Bundesausschuss gebildet, der die Novellierung der seit 2002 geltenden Soziotherapie-Richtlinien vorbereiten soll. Noch liegt kein abschließendes Ergebnis vor, doch die ersten Entwürfe lassen die Tendenzen erkennen. Um welche Forderungen aus der Praxis geht es dabei? Ausschlaggebend für die Auswahl der Patientinnen und Patienten, die in den Genuss von Soziotherapie kommen, sollte allein das Maß an sozialer Beeinträchtigung sein und nicht die jeweilige Diagnose. Zurzeit dürfen nur Patienten mit Schizophrenie oder mit schweren psychotischen Symptomen behandelt werden. Es geht um die Selbstverständlichkeit, dass schwer Erkrankte, die kaum mehr in die Praxis kommen, zu Hause aufgesucht werden können. In der Arbeitsgruppe waren nur die Patientenvertreter dieser Auffassung. Kassen und Ärzte wollen die meisten Patienten weiter ausschließen. Patienten und ihre persönlichen Bezugspersonen haben ihre eigene Strategie, mit der Krankheitskrise umzugehen. Soziotherapie sollte dieses persönliches Behandlungspotential dem Arzt rückmelden und in dessen Behandlungsplan integrieren. Dieser Gedanke ist in der Arbeitsgruppe nicht angesprochen worden. Es bleibt bei der bekannten Einbahnstraße, allein der Arzt weiß, was zu tun ist.

Werden von dieser Novellierung Impulse ausgehen, den Psychiatrie-Patienten beispielsweise in Hessen endlich diese aufsuchende Leistung zugänglich zu machen? Entsprechende Hoffnungen werden enttäuscht. Das hängt aber auch damit zusammen, dass die entscheidenden Hindernisse für ein breites Angebot bei diesen Beratungen nicht einmal erwähnt werden, weil sie nicht Gegenstand der Richtlinien sind: die unrealistischen Anforderungen an die Zulassung von Soziotherapeuten und die miserable Bezahlung, derentwillen geeignete Profis lieber für die Eingliederungshilfe arbeiten.

Hansgeorg Liessem
ist Vorsitzender des Berufsverbandes der Soziotherapeuten.

Kein Streichelzoo – nirgends

Das Ende der tiergestützten Therapie in Köppern ist absehbar

Von Stavroula Poursaitidou

Der »Streichelzoo« auf dem Gelände vom Köpperner Waldkrankenhaus ist bald nur noch Geschichte.

Elisabeth Zickmann ist eine der Mitbegründerinnen der »Tierbrücke«, die zusammen mit dem Freundeskreis bisher im Waldkrankenhaus Köppern einen Streichelzoo angeboten haben. | Foto Stavroula Poursaitidou

»Dieses Jahr haben wir leider nicht so viele Besucher zu unserer >Streichelzoo<-Aktion gehabt. Das liegt wohl daran, dass das Wetter dafür zu warm war. Die meisten Leute sind wohl im Freibad oder schlicht zuhause geblieben«, meinte Dieter Becker zu der Veranstaltung des Freundeskreises Waldkrankenhaus Köppern.

Alljährlich richtet der Freundeskreis zusammen mit dem Personal und den Tieren der »Tierbrücke« diese Veranstaltung aus - auch dieses Pfingsten, bei Temperaturen von über 30° Celsius.

Der Freundeskreis Waldkrankenhaus Köppern ist – neben seinen sonstigen Projekten für die dortigen, aktuellen

und ehemaligen Klinik-Patienten – auch in mehreren Projekten in »tiergestützter Therapie« engagiert (vgl. »Treffpunkte« 2/2012).

Ebenfalls in Zusammenarbeit mit der »Tierbrücke«, organisiert der Freundeskreis unter dem Motto »Freunde auf 4 Pfoten« seit 2010 wöchentliche »Tierbesuche« auf der Demenz-Station und seit kurzem auch auf der Psychose-Station des Waldkrankenhauses.

Das Weilroder Familien-Unternehmen »Die Tierbrücke« stellt dazu das inzwischen geschulte Personal und die dafür nötigen Tiere. Seit 2010 gestalten und betreiben Mutter Evelyne und Tochter Elisabeth Zickmann zusammen hauptamtlich solche »tiergestützten Therapieangebote«. Ihre Klientel sind behinderte und psychisch kranke Kinder und Erwachsene, beispielsweise die Patienten des Köpperner Waldkrankenhauses.

Die Idee, zumindest die Anwesenheit von Tieren in die psychiatrische Behandlung zu integrieren, hatte bereits der Gründer der »Agricolen Colonie«, der »Urzelle« des Waldkrankenhauses, Emil Sioli. Vor mehr als einem Jahrhundert hielt man auf dem Klinikgelände nicht nur Nutztiere, wie Kühe und Hühner, sondern auch Katzen und Hunde.

Allerdings sind die Tage von tiergestützten Therapieangeboten im Waldkrankenhaus wie dem Streichelzoo offenbar gezählt. Denn fast alle Stationen des Waldkrankenhauses sollen in naher Zukunft von Köppern nach Bad Homburg verlagert werden. Auf dem landschaftlich schön gelegenem Gelände in Köppern will der neue »Anbieter« zukünftig nur noch Suchttherapie betreiben. Dafür sind sogar verschiedene Baumaßnahmen – teilweise auf den (heute noch großzügigen) Grünflächen – geplant. Für die psychiatrischen Abteilungen und die Demenz-Station in Köppern bedeutet das ein baldiges Aus.

Die ehrenamtlich engagierten Aktivisten des Freundeskreis Waldkrankenhaus Köppern können die offizielle Argumentation von Klinikleitung und neuem Betreiber nur schwer nachvollziehen: »Der neue Klinikträger argumentiert, dass die >Umsiedlung< nach Bad Homburg aus Gründen der besseren Integration von psychisch Kranken erfolgt. Für uns bedeutet aber Inklusion, dass bei unseren öffentlichen Veranstaltungen, auch und gerade beim Streichelzoo, vermehrt spontan und geplant ganz >normale< Leute aus der näheren Umgebung des Waldkrankenhauses vorbei kommen und mit den Patienten hier in Kontakt treten.«
Dabei bauen sich, wie von selbst, direkt und unmittelbar, eventuell vorhandene Vorurteile übereinander ab, so die begründete Hoffnung der Initiatoren..

Der Vorstand des Vereins mutmaßt, dass womöglich ganz andere, stärker profitorientierte und weniger soziale oder integrative Überlegungen eine viel gewichtigere Rolle bei der Umzugsentscheidung spielten.

So ist am neuen Standort in Bad Homburg teure Technik viel präsenter und wird wahrscheinlich, »eben mal schnell« in die Patienten-Untersuchungen mit einfließen.

Stavroula Poursaitidou
ist Mitglied im Redaktionsteam der »Treffpunkte«.
stavroula.poursaitidou@googlemail.com

Frisch gestrichen!

Kommunizieren für den guten Zweck

Von Franz Biebl

Bei einem »Communication Camp« wurde die Öffentlichkeitsarbeit des Sozialwerks Main Taunus nicht nur unverbindlich diskutiert, sondern gleich auf neue Füße gestellt.

Internetexperten und Sozialprofis arbeiteten beim diesjährigen »Communication Camp« in Frankfurt am Main zusammen. Das gemeinsame Ziel: ein neue Webseite für das Sozialwerk Main Taunus. Das Ergebnis ist seit einiger Zeit im Internet zu bewundern: www.smt-frankfurt.de.

»Wenn Welten aufeinandertreffen« titelte die Frankfurter Neue Presse nach dem »Communication Camp«, das am 21. und 22. Februar 2014 im 31. Stock des Silver Towers der DB Systel GmbH in Frankfurt am Main stattfand. PR-Profis und ein Team des Sozialwerks Main Taunus arbeiteten zwei Tage lang an der Verbesserung der Online-Kommunikation, konkret an der Webseite des Vereins.

» Was um alles in der Welt sind >Hashtags<? «

Nunmehr zum dritten Mal und erstmals in Frankfurt am Main fand das »CC« statt. Die Initiative dazu kam von der Darmstädter Agentur »quäntchen + glück«, deren Geschäftsführer als Dozent der Hochschule Darmstadt Studentinnen und Studenten aus dem Bereich »Public Relations/Online-Journalismus« das Seminar als Semesterprojekt durchführen ließ.

In einer Vorentscheidung stellten die drei Organisationen, die in die engere Auswahl kamen, ihre Arbeit und die Motivation am »CC« teilzunehmen einem Team aus Studenten und Mitarbeitern der Agentur in einem Interview vor. Der Auswahljury gehörten das Presseamt der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurter Neue Presse, Journal Frankfurt sowie Sponsoren wie DB Systel an. Das Sozialwerk Main Taunus erhielt übereinstimmend den Zuschlag, wohl auch deshalb, da wir alles zur Option stellten, bis hin zur Neugestaltung des Logos.

Die Studenten wurden unterstützt von 30 sogenannten »Teilzeit-Helden«. Das sind Profis aus den Bereichen Public Relations, Grafik und Design, Fotografie, Journalismus, Social Media und Informationstechnologie. Einzelne reisten auf eigene

Kosten zum Beispiel aus Hannover und Berlin an, um ihre Freizeit dafür einzusetzen, den Internet-Auftritt des Sozialwerks zu verbessern.

Es war auch eine Begegnung zweier Welten. Es ging um »Hashtags« (ein Schlagwort, das mittels des Rautenzeichens als potentieller Suchbegriff markiert wird), »Claims« (Werbebotschaften), »Teaser« (kurzer Text) und »Web templates«. So wie sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialwerks erst in diese neue Sprache einhören mussten, waren umgekehrt auch Begriffe wie »Psychosozialer Dienst« und »Betreutes Einzelwohnen« für die PR-Leute erklärungsbedürftig.

Über eineinhalb Tage wurde konstruktiv diskutiert und unmittelbar umgesetzt, also Skizzen angefertigt, Texte verbessert, Videos gedreht, Fotos gemacht und Interviews geführt. Auch ein neues Logo, eine symbolisierte offene Tür, wurde entwickelt. Durch die offene Türe kann man in den »Raum« eintreten und Hilfe in Anspruch nehmen. Die offene Türe drückt aber auch aus, dass das Sozialwerk mit seinen Angeboten aber auch einfach zu verlassen ist, wenn Hilfe nicht mehr nötig ist.

»Das Programm der ursprünglichen Webseite war so veraltet, dass die Arbeit daran für die Techniker eine große Herausforderung war, die in so kurzer Zeit einfach nicht zu schaffen war«, sagt Jan-Kristian Jessen von »quäntchen + glück«. Doch der Verein wurde mit der halbfertigen Seite natürlich nicht allein gelassen. Die Techniker machten sie in den beiden Wochen nach dem »CC« fertig und übergaben sie im Rahmen einer kleinen Feier an das Sozialwerk.

www.smt-frankfurt.de

Ganz nebenbei wurde noch ein Pressekonzept sowie Vorlagen für die Gestaltung von Briefpapier und Visitenkarten erstellt und 350 neue Fotos aus den verschiedenen Einrichtungen gemacht. Den Mitarbeitern des Sozialwerks, aber auch den «Teilzeit-Helden« und den Studenten der Hochschule Darmstadt machte dieser kreative und konstruktive Prozess in einer sich gegenseitig sehr wertschätzenden Atmosphäre riesengroßen Spaß. Dankbar sind wir als Sozialwerk Main Taunus den engagierten ehrenamtlichen Profis dafür, dass sie uns ihr Know-how und ihre Freizeit zur Verfügung gestellt haben. Dank auch an die Studentinnen und Studenten aus dem Studiengang Online-Journalismus, die das »CC« so engagiert vorbereiteten und durchführten.

Franz Biebl
ist Vorsitzender des Vorstands des Sozialwerks Main Taunus e. V.

... aber bitte mit Sahne!

Das Frankfurter KulturTreffCafé hat sich etabliert

Von Olaf Olbricht

Der Betrieb des »KulturTreffCafés« der Frankfurter Werkgemeinschaft erfolgt maßgeblich durch psychiatrieerfahrene Ehrenamtliche - mit drei Mitgliedern dieses Teams sprach Olaf Olbricht.

Vor dem »KulturTreffCafé« zeigt sich der beginnende Frühling von seiner schönsten Seite. Aus dem Gastraum heraus erblicke ich einerseits das zarte Rosa blühender japanischer Kirschbäume und auf der anderen Seite die beeindruckende Blütenpracht eines großen Magnolienbaums. Innen sind blaue Tische mit roten Tulpen dekoriert, gelegentlich setzen gelbe Tassen noch einen farblichen Akzent. Auch die Menschen, mit denen ich hier verabredet bin, können sich dieser heiteren Stimmung offenbar nicht entziehen.

Drei von sechzehn Service-Kräften des KulturTreffCafés in der Frankfurter Innenstadt: Karin Bartl, Harald Röhmig und Helga Jährling.

»Damit mir nicht die Decke auf den Kopf fällt«

Karin Bartl, Helga Jährling und Harald Röhmig wollen mir etwas über ihr Engagement im Serviceteam des KulturTreffCafés erzählen. Unseren Gedankenaustausch eröffne ich mit der Frage, warum sie im Café arbeiten.

Der persönliche Werdegang meiner drei Gegenüber unterscheidet sich zwar deutlich, aber es gibt durchaus vergleichbare Situationen im Lebenslauf: Es gab eine psychische Erkrankung und in diesem Zusammenhang eine Begegnung mit Angeboten der Frankfurter Werkgemeinschaft. Helga Jährling und Harald Röhmig wurden ambulant durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des »Betreuten Einzelwohnens« begleitet, Karin Bartl nahm gelegentlich die Hilfe der Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstelle der Frankfurter Werkgemeinschaft in Anspruch.

Allen dreien ist auch gemeinsam, dass sie sich eine sinnvolle, tagesstrukturierende Beschäftigung wünschten, nachdem sie – teilweise vorzeitig – in Rente gegangen waren. »Damit mir nicht die Decke auf den Kopf fällt«, wie Helga Jährling es formuliert. Im jeweiligen Betreuungskontext machten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sie auf die Möglichkeit einer Beschäftigung im KulturTreffCafé aufmerksam. Bartl, Jährling und Röhmig entschieden sich für ein solches Engagement und hatten das Glück, nicht lange auf einen freien Platz warten zu müssen. Seither sind sie im 16 Personen umfassenden Serviceteam tätig.

Bereut haben sie diese Entscheidung zu keiner Zeit. Das Engagement im Café hat einen festen Platz in ihrem Alltag. Wie, frage ich die drei, ist der zeitliche Rahmen ihres Dienstes? »Jeder hat zwei bis drei Dienste pro Woche, mit jeweils maximal drei Stunden Arbeitszeit«, berichtet Harald Röhmig, »der Dienst ist als Schichtdienst organisiert, weil das Café von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet ist«.

»Der Umgang mit den Gästen baut mich unwahrscheinlich auf«

Beim KulturTreffCafé handelt es sich um einen sogenannten »Zweckbetrieb«. Das bedeutet, dass der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb des Cafés dazu beiträgt, den satzungsgemäßen und gemeinnützigen Auftrag der Frankfurter Werkgemeinschaft umzusetzen. Daher erhalten die psychiatrieerfahrenen Service-Kräfte für ihre Arbeit im Café auch nur eine Erstattung ihrer Fahrtkosten und eine geringe Aufwandsentschädigung, die aber dennoch nicht unwichtig ist, wie mir meine Gesprächspartner bestätigen. Im Vordergrund steht jedoch der Spaß an der Arbeit, so wird mir übereinstimmend versichert.

Was darüber hinaus noch motiviert, ist unterschiedlich. Helga Jährling und Harald Röhmig ist wichtig, ihre Leistungs- und Belastungsfähigkeit zu erproben. Karin Bartl sagt, dass sie auch neugierig auf Neues war. Jährling nennt einen weiteren Grund, warum ihr der Job Spaß macht: »Der Umgang mit den Gästen baut mich unwahrscheinlich auf.«

Ich möchte mir ein Bild davon machen, wie der Dienst konkret abläuft. Karin Bartl erzählt mir, dass jeder Dienst mit Maßnahmen zur Hygiene beginnt – Hände waschen, Schürze anlegen usw. – danach wird Übergabe gemacht, mündlich und durch Nachlesen im Übergabebuch. »Man hört was die Kollegen sagen, was es an diesem Tag vielleicht Besonderes zu beachten gibt, schaut nach den Vorräten und dann geht es los.« Aus Erfahrung weiß das Serviceteam, an welchen Tagen und zu welcher Uhrzeit viel oder wenig Publikumsverkehr ist. »Aber darauf kann man sich nicht verlassen, es kann auch ganz anders kommen«, sagt Bartl. Bedient wird übrigens nicht am Tisch, sondern hinter der Theke, dort geben die Gäste ihre Bestellung auf, holen das Bestellte ab und bezahlen. →

Bedürfnisse der Zielgruppe wurden richtig erkannt

Das »KulturTreffCafé« wird in Kooperation mit dem Haus der Volksarbeit als allgemein zugängliches Café betrieben. Toleranz und Offenheit prägen die gute und entspannte Atmosphäre. Wenn erforderlich, können weitergehende gemeindepsychiatrische Hilfen innerhalb des Hauses in Anspruch genommen werden. Viele Besucherinnen und Besucher schätzen das Café als einen Raum, in dem sie ohne Ansprüche von außen Zeit verbringen und sich wohl fühlen können.

Der gastronomische Service wird im Rahmen eines Projekts für »niedrigschwellige Beschäftigung« von Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung und anderen Freiwilligen geleistet. Mit diesem Projekt wird ein Angebot etabliert, das so in der gemeindepsychiatrischen Versorgung in Frankfurt noch nicht existierte. Es wendet sich an Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder Behinderung, die nur wenige Stunden in der Woche (3 bis maximal 10 Stunden) eine sinnvolle Beschäftigung ausüben möchten. Ziel der Tätigkeit ist die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und die Hinführung zu einer regelmäßigen Beschäftigung. Die Vereinbarungen mit den Interessenten werden individuell getroffen und berücksichtigen sowohl die als sinnvoll erlebten Inhalte als auch Arbeitszeit und Dauer der Tätigkeit. Der Zugang zu diesem Angebot ist nach der Kontaktaufnahme ohne umfangreiche Antragstellung und Prüfung zeitnah und unbürokratisch möglich. Dies gilt auch für den Wiedereinstieg nach einer krankheitsbedingten oder anders motivierten Pause. Das Angebot umfasst keine weitergehende Betreuung und es erfolgt keine Festlegung auf Reha-Ziele oder Ähnliches.

Mit Öffnungszeiten von 10 bis 18 Uhr ist das KulturTreffCafé nun seit rund dreieinhalb Jahren in Betrieb. Dabei hat sich gezeigt, dass das Beschäftigungsprojekt den Bedürfnissen der Zielgruppe entspricht und auf eine hohe Nachfrage trifft. Ein inzwischen gut etabliertes Team von 16 Personen leistet die Freiwilligenarbeit mit viel Engagement und großer Identifikation mit der eigenen Tätigkeit. Abhängig vom jeweiligen Bedarf übernimmt jedes Teammitglied in der Woche ein bis drei Schichten zu jeweils drei Stunden. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Teams erhalten als Freiwillige eine geringe Aufwandsentschädigung sowie eine Fahrtkostenerstattung, darüber hinaus viel Anerkennung und Erfolgserlebnisse im Kontakt mit Gästen und in der Teamarbeit. Die Frankfurter Werkgemeinschaft leistet die Einarbeitung, Anleitung und Schulung und stellt die Ansprechbarkeit und den organisatorischen Rahmen sicher. Nachfragen aus ganz Frankfurt am Main haben zu einer Warteliste für die Mitarbeit im Projekt geführt.

Die derzeitig im Projekt beschäftigten Freiwilligen melden zurück, dass sie zufrieden sind und dass diese Tätigkeit eine große Bedeutung für sie hat. Das Projekt gibt den Einzelnen also Stabilität und Perspektive, ermöglicht Begegnungen und ist ein hervorragender Ort, das Verständnis für Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung zu fördern.

Klaus Joisten

Klaus Joisten
ist Gesamtleiter des Leistungsverbunds »Begleitung und Wohnen« in der Frankfurter Werkgemeinschaft e. V.
www.fwg-net.de

»Das macht mir inzwischen Spaß«

»Wer hat Sie eingearbeitet, ihnen die Hygienevorschriften erklärt und wer steht ihnen sonst mit Rat und Tat zur Seite?«, möchte ich wissen. Die Einarbeitung und Begleitung erfolgt durch eine Mitarbeiterin der Frankfurter Werkgemeinschaft, die sogenannte »Hygienebelehrung« fand vorschriftsmäßig erstmalig beim Gesundheitsamt statt, und wird jedes Jahr intern erneuert. Karin Bartl zeigt mir eine Mappe, die mich besonders beeindruckt, alle Snacks und Süßigkeiten sind darin fotografisch und textlich beschrieben, als Vorlage für die Servicekräfte. Eine geniale Idee!

Dass der Umgang mit anderen Menschen nicht immer leicht ist, erfahren Service-Kräfte in der Gastronomie immer wieder. Damit die im Café eingesetzten Freiwilligen auch bei diesem Thema gut aufgestellt sind, absolvieren sie ein »Deeskalationstraining« bei Klaus. D. Otte vom »Netzwerk Training & Sicherheit«.

Harald Röhmig erzählt, dass er als gelernter Koch gewohnt war, im Hintergrund zu bleiben, »Ich wollte auch im Hintergrund bleiben und habe früher versucht, mich vor Publikumskontakt – zum Beispiel am Buffet – zu drücken. Hier habe ich gelernt, auf unsere Gäste zuzugehen und ihnen freundlich und offen zu begegnen. Das macht mir inzwischen Spaß.« Anders als Röhmig kommen Bartl und Jährling nicht aus der Gastronomie, dennoch haben sie hier die Aufgabe gefunden, die zurzeit zu ihnen passt und ihnen gut tut.

»Erfahrungen, auf die man lieber verzichtet hätte«

»Was Sie mir bisher schilderten, klingt sehr harmonisch, geradezu ideal, erfahrungsgemäß gibt es im Arbeitsalltag aber immer auch die anderen Momente. Gab es Erfahrungen auf die Sie lieber verzichtet hätten?« In der monatlichen Teamsitzung kommt alles auf den Tisch, Verbesserungsvorschläge, Spannungen im Team oder die Begegnung mit schwierigen Kunden, berichtet Karin Bartl. In der Regel lassen sich Konflikte so vermeiden oder nachträglich klären.

Beim Umgang mit den Gästen profitieren Bartl, Jährling und Röhmig offensichtlich vom Deeskalationstraining. Probleme kann es nicht nur mit anderen Menschen geben, manchmal werden auch die eigenen Ansprüche zum Problem: »Ich will alles 100%ig gut machen.« »Ich war doch früher viel belastbarer.« »Andere können mehr als ich.« Auch hierbei gab und gibt es Lernprozesse, neue Erfahrungen verändern den Blick auf die eigene Person.

Dass das KulturTreffCafé gut angenommen wird, sowohl von den Beschäftigten und Besuchern des Haus der Volksarbeit als auch von Gästen, die mit dieser Einrichtung nichts zu tun haben, freut meine Gegenüber. Sie empfinden zufriedene Gäste als Bestätigung für die Qualität der eigenen Leistung. Auch Trinkgeld gibt es manchmal, es kommt in eine gemeinsame Kasse und wird einmal im Jahr gemeinsam ausgegeben.

Karin Bartl, Helga Jährling und Harald Röhmig haben mir einen offenen, gelegentlich auch heiteren Einblick in ihre Arbeit als Servicekräfte des KulturTreffCafés gewährt. Herzlichen Dank dafür! Ich habe an der Basis etwas über ein »niedrigschwelliges Beschäftigungsangebot« erfahren. Dabei wurde mir erneut deutlich, wie sehr persönliche Erlebnisse und biografische Erfahrungen die Erwartung an unsere Angebote und den Umgang mit diesen prägen.

KulturTreffCafé
Eschenheimer Anlage 21
60318 Frankfurt

Olaf Olbricht
ist zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit der Frankfurter Werkgemeinschaft e. V.
www.fwg-net.de

Die Philosophie des Geldes

In einem seiner Hauptwerke, der »Philosophie des Geldes«, entwickelt der deutsche Philosoph und Soziologe Georg Simmel im Jahre 1900 sehr anschaulich die These, dass das Geld immer mehr Einfluss auf die Gesellschaft, die Politik und das Individuum erhalte. Die Verbreitung der Geldwirtschaft habe den Menschen zahlreiche Vorteile gebracht, wie die Überwindung des Feudalismus und die Entwicklung moderner Demokratien. Allerdings sei in der Moderne das Geld immer mehr zum Selbstzweck geworden. Sogar das Selbstwertgefühl des Menschen und seine Einstellungen zum Leben würden durch Geld bestimmt.

Seine Aussage: Geld wird Gott, indem es als absolutes Mittel zu einem absoluten Zweck werde, veranschaulicht Simmel durch ein prägnantes Beispiel: Die Banken sind inzwischen größer und mächtiger als die Kirchen. Sie sind zum Mittelpunkt der Städte geworden. Alles sinnlich Wahrnehmbare hat mit Geld zu tun. Der Mensch habe jedoch die Freiheit, nach Dimensionen zu streben, die mehr als Geld sind. Dies kann durch die Bildung solidarischer Gemeinschaften, die sich mit dem Geistesleben auseinandersetzen, geschehen. Durch Handeln kann die Macht des Geldes, beispielsweise in der Kultur, eingeschränkt werden. So arbeitet ein Künstler nicht allein des Geldes wegen, sondern um sich in seiner Arbeit geistig selbst zu verwirklichen.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Simmel

Chaotische Bürokratie

Ein Gespräch über den Alltag einer Familie

Von Christel Gilcher

Menschen mit einer psychischen Erkrankung begegnen nach wie vor zahlreichen Vorurteilen. Dies hat oft Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation von Familien mit Kindern.

Brigitte Saum (Name geändert) konnte nach vielen psychischen Krankheitsepisoden, Mutter werden und nach einer langen Wartezeit in eine von ihr gewünschte Wohnung ziehen. Eigentlich hätte sie das Leben endlich genießen können. Aber im letzten Jahr stellte sie das Schicksal schwer auf die Probe: Eine gefährliche Erkrankung des Sohnes und dann noch eine bedrückende finanzielle Belastung, wodurch der Verlust der Wohnung drohte, hat sie sehr mitgenommen. Trotzdem sieht sie jetzt wieder positiv in die Zukunft. Im Interview mit Christel Gilcher hat sie die schwere Zeit noch einmal Revue passieren lassen.

Treffpunkte: Frau Saum, letztes Jahr war kein gutes Jahr für Sie. Es gab gesundheitliche Probleme mit Ihrem Sohn und finanzielle Sorgen.

Brigitte Saum: Seit zwei Jahren gab es viele Probleme mit der Schule von unserem Sohn Fritz. Er sollte in eine Sonderschule abgeschoben werden, in die er nicht hingehörte. Hintergrund ist die Erkrankung von uns Eltern. Aber das hat ja nichts mit unserem Sohn zu tun. Als wir es dann endlich mit Hilfe eines Anwalts geschafft hatten, eine Hauptschule zu finden, erkrankte Fritz schwer. Das war ein Schock für uns und es hat eine Weile gedauert bis er behandelt wurde und er wieder fit war. Er wird jetzt alle drei Monate nachuntersucht und wir müssen immer sehen, wie es weitergeht.

Treffpunkte: Welche Auswirkungen hat die Erkrankung Ihres Sohnes auf die finanzielle Notsituation, die dann entstanden ist?

Brigitte Saum: Finanzielle Probleme sind entstanden, weil Fritz außerhalb von Frankfurt in einer Nachbargemeinde in die Schule geht. Dafür sind zwei Streckenmonatskarten notwendig. Das Stadtschulamt übernimmt nur die Fahrtkosten für Frankfurt selbst, aber nicht zur Nachbargemeinde, weil es der Meinung ist, er könnte auch am Wohnort zur Schule gehen. Das ist aber nicht wahr, denn in Frankfurt hatten wir keinen Platz bekommen. Wegen einer chaotischen Bürokratie wussten wir letztendlich erst eine Woche vor Schulbeginn, wo er hingehen konnte. Wir haben eine Anwältin eingeschaltet, die nachweist, dass wir nichts dafür können, dass Fritz in eine Schule außerhalb von Frankfurt geht, sondern dies die Schuld von mehreren Institutionen ist, die durcheinander und vor allem gegen uns gearbeitet haben.

Treffpunkte: Was waren die konkreten Folgen dieser Situation?

Brigitte Saum: Die Probleme in unserem Haushaltsetat sind, wie gesagt, durch die Monatsfahrkarten für die neue Schule entstanden. Das heißt, das Stadtschulamt finanzierte erst gar nicht und wir mussten alles vorlegen und uns fehlte das Geld für das Notwendigste. Wir können erst nach einem halben Jahr die Kosten zurückfordern, wobei wir nur die Fahrkarten für das Frankfurter Gebiet erhalten.

Treffpunkte: Wie reagierte die Schule auf die Erkrankung?

Brigitte Saum: Besonders in der Grundschule ist viel verkehrt gelaufen und zusätzlich durch einen vom Jugend-

amt finanzierten Sozialpädagogen. Aber die Krankheit unseres Sohnes kam kurz vor den Ferien, so dass die Grundschule nichts davon mitbekam. Die neue Schule ist sehr verständnisvoll und unterstützt ihn enorm.

Treffpunkte: Welche Schritte unternahmen Sie, um die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen?

Brigitte Saum: Nachdem die schulischen Probleme gelöst waren und Fritz in der neuen Schule gut zurecht kam, waren unsere Schulden gewachsen und wir gingen zur Schuldnerberatung, die uns für die Insolvenz die Adresse eines Anwaltes gab. Mit dem Sozialarbeiter des Betreuten Wohnens war ich dann dort. Wir haben dem Anwalt alles erklärt und er hat das Erforderliche in die Wege geleitet, aber einen formalen Fehler gemacht, der dann dazu führte, dass ich ganz große Schwierigkeiten vor Gericht bekam. Es hieß dann, wir müssten aus unserer Wohnung heraus.

Treffpunkte: Das waren sicherlich dramatische Tage für Sie.

Brigitte Saum: Ich hatte Glück, dass ich über die Caritas zu einem neuen Anwalt kam, der das dann gerade nochmal so hinbiegen konnte, denn ich hätte keine rechtlichen Mittel gehabt, um etwas dagegen zu unternehmen. Zu meinem Glück hatte dieser Anwalt gute Beziehung zum Gericht. Das Resultat aber ist dennoch, dass ich jedes Jahr einen neuen Antrag stellen muss, damit die Wohnung gesichert ist und wir darin wohnen bleiben können.

Treffpunkte: Wie sieht es in diesem Jahr mit der Gesundheit von Fritz aus und mit den Finanzen?

Brigitte Saum: Es sieht jetzt so aus, dass wir mit Fritz alle drei Monate zur Untersuchung müssen und je nachdem was dabei herauskommt, muss er entweder bestrahlt oder operiert werden oder er bleibt gesund. Aber die Angst alle drei Monate bleibt. Wenn er wieder erkrankt, wird es stressig, weil er ins Krankenhaus muss. Die finanzielle Situation hat sich jedoch erheblich verbessert. Wir haben uns durch ehrenamtliche Hilfe, für die es eine Entschädigung gibt, einen kleinen Verdienst geschaffen und kommen damit einigermaßen über die Runden.

Treffpunkte: Wie steht es mit der Hilfe von Stiftungsgeldern?

Brigitte Saum: Fritz wird seit einiger Zeit von der Waisenhausstiftung in Form von Geld, Nachhilfe und Beratung unterstützt. Allerdings sind die Gelder seit letztem Jahr allgemein gekürzt worden, so dass wir Fritz nicht alle Wünsche, besonders nach Markenartikel, erfüllen können.

Treffpunkte: Welche Hilfen sind gut und sinnvoll für Fritz?

Brigitte Saum: Erst mal sind wir froh, dass Fritz jetzt in einer Regelschule ist und nicht auf eine Sonderschule musste. Dort wäre er völlig untergegangen und aufgrund seiner normalen Intelligenz unterfordert gewesen, wie alle Lehrer inzwischen bestätigt haben. Es wurden uns von den Ämtern viele Steine in den Weg gelegt, weil wir, seine Eltern, eine psychische Erkrankung haben, mit der Fritz gar nichts zu tun hat. Besonders viel Unterstützung hatten und haben wir von der Fachstelle für psychisch kranke Menschen und ihren Kindern von der Waisenhausstiftung. Sehr viel geholfen haben uns auch die Erzieher des Hortes, den Fritz zuvor besucht hatte. Sie haben mit uns gekämpft, damit unser Kind nicht aufs falsche Gleis abgeschoben wurde.

» Von den Ämtern werden einem oft Steine in den Weg gelegt «

Treffpunkte: Mit den Behörden haben Sie also keine guten Erfahrungen gemacht?

Brigitte Saum: Wenn man wieder gesund ist, sich selber versorgen kann und sich selber wieder bemüht, sein Geld zu verdienen, werden einem von den Ämtern nur Steine in den Weg gelegt. Wenn man selber für seinen Unterhalt sorgt, hat man erheblich weniger übrig, wie wenn man beim Amt bleibt. Das finde ich sehr schade, obwohl man doch die Leute dazu bewegen will, von den Ämtern weg zu kommen und sich um sich selber zu kümmern. Aber es wird einem so schwer gemacht, sodass man eigentlich gar keine Möglichkeit hat, dies zu verwirklichen.

Christel Gilcher
ist Mitglied im Redaktionsteam der »Treffpunkte«. Bis zu ihrer Passivphase bei der Altersteilzeit war sie lange Jahre Leiterin der ambulanten Dienste bei der Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e. V.
Lilischkies-Gilcher@t-online.de

Politischer Handlungsbedarf

Es darf keinen Automatismus vom Reha-Antrag zur Rente geben

Von Stavroula Poursaitidou

Psychische Erkrankungen sind hauptsächlich für gesundheitsbedingte Frühverrentungen verantwortlich. Dabei droht den oft noch jüngeren Menschen eine frühe Altersarmut, stellt die Bundespsychotherapeutenkammer in einer Studie fest.

Nicht nur die letzten Berichte der Bundesregierung zur »Lebenslagen behinderter Menschen«, sondern auch Studien, die die Bundespsychotherapeutenkammer regelmäßig durchführt - die letzte Veröffentlichung war Ende Januar 2014 -, belegen, dass psychische Erkrankungen oft einhergehen mit einem erhöhten Risiko für die Betroffenen, unter die Armutsgrenze zu fallen und dauerhaft darunter zu bleiben.

Denn weil »Armut ... häufig ... mit seelischer Dauerbelastung einhergeht, etwa in Form von Existenzängsten, Schamgefühl, Minderwertigkeitserleben etc.« ist es ein weiterer Faktor für »die Entstehung, Fortexistenz oder Verschlimmerung bestimmter psychischer Erkrankungen, wie z. B. Belastungs- und Anpassungsstörungen, Angststörungen, Depressionen und Suchterkrankungen. Vor diesem Hintergrund ist nach heutigem Kenntnisstand erklärbar, dass schwere und chronische psychische Erkrankungen ... vermehrt in unteren sozialen Schichten auftreten ... Es kann somit eine sich gegenseitig verstärkende Wechselwirkung zwischen armutsbedingten sozialen Lebenslagen und den seelischen Erkrankungen bestehen.«

Seit mehr als zehn Jahren sind psychische Erkrankungen die Hauptursache für gesundheitsbedingte Frührente. Inzwischen bezieht jeder zweite Frührentner wegen einer psychischen Krankheit diese Unterstützung (weil die absolute Zahlen der Frührentenbezieherinnen und Frührentnerbezieher insgesamt stark gestiegen sind). Vor allem Depressionen (+ 96%), Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen (+ 74%), sowie Suchterkrankungen (+ 49%) haben als Verrentungsgrund zugenommen.

Die Ursache für diesen Trend sind unterschiedlich: Neben biologischer Veranlagung und persönlichen Merkmalen und Erfahrungen gehören hierzu auch gesellschaftliche Faktoren. Die Studie sieht einen der Gründe hierfür in »den wachsenden psychischen Belastungen der Arbeitswelt«. Vor allem im sogenannten Dienstleistungsbereich (der in den letzten Jahrzehnten boomte) seien Arbeitnehmer höheren psychosozialem Druck ausgesetzt als in traditionellen Industriebranchen. Dazu zählten »Zeitdruck, hohe Aufgabenkomplexität und Verantwortung« gekoppelt mit – was noch dazu käme - einer gleichzeitigen Abnahme der »Arbeitsplatzsicherheit«.

Aber auch Arbeitslose sind gefährdet, da ihnen oft die »positiven Impulse, die Arbeit für die psychische Gesundheit setzt, wie z. B. die Tagesstruktur, die Aktivität und die sozialen Kontakte sowie die Bestätigung für die Gesellschaft nützlich zu sein« fehlten.

Zuerst krank, dann erwerbsunfähig

Im Jahre 2012 bezogen 75.000 Versicherte erstmals eine Erwerbsminderungsrente aufgrund psychischer Erkrankungen. In der Regel sind die Frührentnerinnen und Frührentner circa 49 Jahre jung, und beziehen eine Durchschnittsrente von etwa 600 Euro monatlich.

Bei den Krankschreibungen von Arbeitnehmer stiegen nach dem Bericht »sowohl der Anteil der Krankschreibungen (AU-Fälle), als auch der Anteil der betrieblichen Fehltage (AU-Tage), der psychisch bedingt ist«. Seit Anfang des Jahrtausends haben sich diese nämlich fast verdoppelt (+ 96 %) und sind zu 14 % der Grund aller betrieblichen Fehltage (zweithäufigste Ursache – nach Muskel-Skelett-Erkrankungen – für Arbeitsunfähigkeit).

Nach Ansicht des Kammer-Präsidenten Prof. Dr. Rainer Richter führe eine zu lange Wartezeit auf einen Behandlungsplatz oder einen Termin in einer psychotherapeutischen Praxis (in der Regel warten nämlich Hilfesuchende rund drei Monate drauf) dazu, dass viele psychische Erkrankungen nicht oder nicht früh genug therapiert werden. Aufgrund dieser Situation, gäben viele sogar die Suche nach einer Behandlungsmöglichkeit ihrer Erkrankung auf. Das verschärfe noch die Lage.

Hin- und-Her-Geschiebe um Zuständigkeiten

In der Studie wird weiterhin das Gerangel um Zuständigkeiten, bei dem es letztendlich um Kostensenkung für die betreffenden Stellen geht, und nicht selten weitere Nachteile für die Kranken bedeutet, kritisiert:

»Psychisch Kranke geraten oftmals in ein Hin-und-Her-Geschiebe zwischen Kranken- und Rentenversicherung. Die Krankenkasse kann Versicherten, deren Erwerbsfähigkeit erheblich gefährdet oder gemindert ist, aktiv auffordern, einen Reha-Antrag zu stellen. Wenn aber der Gutachter einer Reha keine ›Erfolgsprognose‹ bescheinigt, wird der Reha-Antrag automatisch zu einem Rentenantrag. ... Werden Krankenversicherte zu Frührentnern, entfällt ihr Anspruch auf Krankengeld, Krankenkassen können somit Ausgaben für Krankengeld zulasten der Rentenversicherung sparen, wenn sie Versicherte, die schon lange krankgeschrieben sind, auffordern, einen Reha-Antrag zu stellen.«

Ein wichtiger Ablehnungsgrund für den Antrag auf Reha-Leistungen, ist, dass der Versicherte zunächst noch einer weiteren Krankenbehandlung bedarf. Damit verweist die Rentenversicherung den Kranken, wieder zurück an die Krankenkasse.

Dieses Hin und Her überfordert häufig die Betroffenen und mache sie orientierungslos. Sie verstehen nicht, wann, welche Institution zuständig ist. So können sie auch nicht optimal ihre Rechte wahrnehmen.

Einer sich selbst generierender Teufelskreis

Auch Langzeitarbeitslose sind überdurchschnittlich häufig psychisch krank (37 % der Hartz-IV-Empfänger) und von Armut bedroht. Im Vergleich dazu sind nur 22 % der Berufstätigen psychisch erkrankt.

Arbeitslosigkeit erhöht die psychische Belastung und könne – unter anderem auch - psychosomatische Symptome verursachen. Da Arbeitslosen und Frührentnern oft die positiven Impulse, die Arbeit für die psychische Gesundheit setzt, fehlen, geraten sie in eine Art Teufelskreis, wobei sich Krankheit und Arbeitslosigkeit sich ständig gegenseitig bedingen und verstärken.

»Deshalb ist es so wichtig, insbesondere für psychisch kranke Menschen Angebote für ihre berufliche Wiedereingliederung zu machen«, betont Richter, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer. Hier sieht er erhebliches Verbesserungspotential. Denn jeder zweiter psychisch kranker Frührentner erhielt in den fünf Jahren vor dem Rentenbescheid keinerlei Reha-Leistungen und weniger als zehn Prozent von ihnen wurde eine solche Leistung empfohlen. Außerdem ist die Zahl der Erwerbsminderungsrenten (wegen psychischen Ursachen) stärker gestiegen, als die Zahl der Reha-Maßnahmen (40 % zu 20 %).

Unter anderem müsste man: die betriebliche Prävention und Früherkennung von psychischen Erkrankungen und die Behandlungsplätze für Erkrankte, ausbauen und die Wartezeiten in der ambulanten Psychotherapie abbauen . Zudem sein eine bessere Abstimmung zwischen Kuration (also Therapie) und Rehabilitation zu erreichen.

Die Bundespsychotherapeutenkammer fordert deshalb eine Verbesserung der medizinischen und beruflichen Rehabilitation. Diese Leistungen müssten angepasst und bedarfsorientiert ausgebaut werden. Es dürfe keinen »Automatismus vom Reha- zum Rentenantrag« geben. Patienten müssten beteiligt und besser informiert werden.

Berichte im Internet

Die Berichte der Bundesregierung über die Lage von Menschen mit Behinderungen stehen im Internet auf der Webseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales frei zugänglich zur Verfügung: www.bmas.de. Die neueste Veröffentlichung aus dem letzten Jahr trägt den Titel »Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen« (www.bmas.de/DE/Themen/Teilhabe-behinderter-Menschen/Meldungen/teilhabebericht-2013.html). Die hier vorgestellte Studie der Bundespsychothreapeutenkammer zur Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit mit dem Titel »Psychische Erkrankungen und gesundheitsbedingte Frühverrentung« aus dem Jahre 2013 ist ebenfalls im Internet kostenlos herunterladbar: www.bptk.de/publikationen/bptk-studie.html.

Stavroula Poursaitidou
ist Mitglied im Redaktionsteam der »Treffpunkte«.
stavroula.poursaitidou@gmail.com

Zeit zum Durchatmen verschaffen

Bei der Schuldnerberatung muss die gesamte Lebenssituation in den Blick genommen werden

Von Achim Gabler und Jörg Bärenwald

Wenn Menschen ihre finanziellen Verbindlichkeiten voraussichtlich auf absehbare Zeit nicht mehr aus eigenem Einkommen oder Vermögen begleichen können, spricht man von »Überschuldung«. Spätestens dann ist es Zeit für eine professionelle Schuldnerberatung.

Die Schuldnerberatung des Frankfurter Vereins für soziale Heimstätten ist für überschuldete Menschen zuständig, die von den verschiedenen Diensten des Vereins im Rahmen der §§ 53 und 67 SGB XII sozialarbeiterisch betreut werden. Darüber hinaus werden überschuldete Personen beraten, die vom Jobcenter Frankfurt Mitte im Rahmen des § 16 a SGB II zugewiesen werden.

Der Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e. V. ist als geeignete Stelle im Sinne des § 305 Abs. 1 Nr. 1 Insolvenzordnung (InsO) vom Regierungspräsidium Darmstadt anerkannt. Ansonsten stehen Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern weitere Schuldnerberatungsstellen zur Verfügung, deren Zuständigkeit sich nach dem Sozialrathausbezirk des Wohnortes richtet.

» Krisenintervention ist eine Schwerpunkt-Aufgabe «

Die meisten Ratsuchenden, die zu uns kommen, haben nicht nur finanzielle Probleme. In der Regel bestehen neben der oftmals komplexen Verschuldungssituation weitere Problematiken, wie beispielsweise Suchtmittelabhängigkeit, psychische Erkrankungen, Obdachlosigkeit etc.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist neben der eigentlichen Beratungsarbeit die sofortige Krisenintervention beispielsweise bei drohendem Wohnungsverlust wegen Mietrückständen, angekündigten Energieliefersperren, bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen wie Gehalts- oder Kontenpfändungen sowie drohenden Ersatzfreiheitsstrafen wegen unbezahlter Geldstrafen.

Die Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes bildet häufig den Einstieg in den Beratungsprozess der Schuldnerberatung. Im Rahmen einer ersten Basisberatung informieren wir über unsere Arbeitsweise, besprechen mit den Ratsuchenden deren psychosoziale und finanzielle Situation, klären die Beratungsziele und treffen gemeinsame Absprachen über die Zusammenarbeit.

Zu den wesentlichen Aufgaben der Schuldnerberatung gehören die Überprüfung der Forderungen dem Grunde und der Höhe nach sowie die Einleitung von Schuldnerschutzmaßnahmen im Rahmen von Titulierungs- und Zwangsvollstreckungsverfahren. Gemeinsam mit den Ratsuchenden wird die Rechtmäßigkeit der Forderungen geklärt und Möglichkeiten besprochen, sich gegen unberechtigte Forderungen zu wehren. Gerade bei Menschen mit einer psychischen Erkrankung kann es von Bedeutung sein, ob möglicherweise ein gerichtlicher Einwilligungsvorbehalt bei finanziellen Angelegenheiten besteht und die gegen den Ratsuchenden erhobene Forderung möglicherweise »schwebend unwirksam« ist.

Die Schuldnerberatung unterstützt die Ratsuchenden bei eingeleiteten Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, überprüft deren Rechtsmäßigkeit und gibt Informationen zu notwendigen Schutzmaßnahmen. Gerade bei Pfändungsmaßnahmen ist eine umfassende Beratung notwendig, um die Verfahrensabläufe zu verdeutlichen und über die unpfändbaren Bestandteile von Einkommen und Vermögen zu informieren.

In der Beratungspraxis haben wir festgestellt, dass Gläubiger in den vergangenen Jahren immer häufiger auf die Möglichkeit der Kontopfändung zurückgreifen, um ihre Forderungen zu realisieren. Durch das zum 1. Juli 2010 eingeführte Pfändungsschutzkonto (P-Konto) haben über-

schuldete Menschen einen relativ unbürokratisch Schutz bei Kontopfändungen für monatliche Zahlungseingänge bis zu einem Sockelbetrag von 1.045,04 Euro. Bei der Gewährung von Unterhaltsverpflichtungen und einigen anderen individuellen Voraussetzungen kann der Betrag unter Umständen erhöht werden.

Häufig lassen sich Vollstreckungsmaßnahmen schon dadurch begrenzen, den Gläubigern die Aussichtslosigkeit weiterer Vollstreckungsmaßnahmen zu belegen. In der Regel wird der Schriftwechsel mit den Gläubigern durch unsere Beratungsstelle im Rahmen einer Vollmacht geführt. Es erfolgt eine enger Austausch mit den Ratsuchenden über den jeweiligen Sachstand und das weitere Vorgehen.

Für viele Ratsuchende ist die Übernahme der Korrespondenz durch die Schuldnerberatung eine wesentliche Entlastung, um zunächst einmal »durchatmen« zu können. Wir bekommen sehr häufig die Rückmeldung, dass alleine die Tatsache, dass der Briefkasten nicht von Gläubigerpost überquillt, zu einer wesentlichen psychischen Entlastung führt. Ein wesentliches Ziel der Beratungsarbeit ist in diesem Zusammenhang die Stärkung des Selbsthilfepotentials und die Kompetenzvermittlung zum eigenständigen Umgang mit der Gläubigerkorrespondenz.

Im Laufe des Beratungsprozesses klärt die Schuldnerberatung mit den Ratsuchenden die Ursachen für die Überschuldung und erarbeitet eine finanzielle Lebensplanung und Handlungsalternativen zur Vermeidung weiterer Schulden. Dazu gehören neben der bereits genannten Klärung aller Leistungsansprüche zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes auch eine nachhaltigen Haushaltsplanung, das Vermeiden unnötiger Ausgaben sowie die Kompetenzvermittlung zum Leben an der Pfändungsgrenze.

Gemeinsam mit dem Ratsuchenden wird die Zielsetzung bezüglich der Verschuldungsproblematik besprochen und im weiteren Beratungsverlauf kontinuierlich hinsichtlich der persönlichen und finanziellen Lebenssituation angepasst. Dabei werden verschiedene Möglichkeiten der Schuldenregulierung überprüft.

Neben dem Erschließen von Stiftungsmitteln (z. B. Marianne von Weizsäcker-Stiftung), Vereinbarung von Ratenzahlungen und Führen von Vergleichsverhandlungen wird von der Schuldnerberatung auch die Vorbereitung und Unterstützung für ein Insolvenzverfahren angeboten.

Wichtig ist, dass bei Regulierungsvorschlägen einzelfallbezogene Lösungen gefunden werden, die sich an der jeweiligen Situation der Ratsuchenden orientiert, um die Nachhaltigkeit einer erfolgreichen Schuldnerberatung zu gewährleisten.

Schuldner- und Insolvenzberatung in Frankfurt am Main

In Frankfurt am Main gibt es zahlreiche Anlaufstellen für Menschen, die sich wegen Überschuldung beraten lassen wollen. Die Adressen und Kontaktmöglichkeiten der in der Regel kostenfreien Schuldnerberatungsangebote können auf einer Webseite der Stadt Frankfurt am Main eingesehen werden.

http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2778&_ffmpar[_id_inhalt]=58211

Achim Gabler
ist seit 1991 in der Schuldnerberatung tätig; seit 2009 beim Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e. V.
Jörg Bärenwald
ist seit 2005 in der Schuldnerberatung tätig; seit 1995 arbeitet er beim Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e. V.

Psychiater per Internet

Pro und Kontra Bewertungsportale

Im Internet gibt es seit langem die Möglichkeit, seine Erfahrungen mit Versandhändlern und örtlichen Dienstleistern aller Art auszutauschen. Ob solche Foren und Portale auch im Falle einer Erkrankung sinnvoll sind – dazu gehen die Meinungen auseinander.

Zu wem gehe ich, wenn ich medizinische Hilfe brauche? Diese Frage stellt sich auch für psychisch kranke Menschen.

Bei der Suche nach dem richtigen Psychiater gibt es verschiedene Suchstrategien: Man schlägt im Branchenbuch nach, hört sich im Bekannten- und Freundeskreis um oder – was seit einiger Zeit möglich ist - man befragt das Internet. Hier gibt es zahlreiche »Foren« und »Portale« mit Bewertungen von betroffenen Menschen, Angehörigen und Profis.

In Internet-Foren geschieht eine »Arztbewertung« meistens subjektiv, unkompliziert und nicht selten, ohne dass sich derjenige, der sich zu Wort meldet, Gedanken um »objektive« Bewertungskriterien gemacht hat. Daneben gibt es die sogenannten Portale. Das können kommerzielle oder nicht-kommerzielle Webseiten sein.

Bei beiden Arten ist ein bestimmtes Verfahren üblich: von vorgeschalteten Fragebögen mit Bewertungskriterien, über Registrierung und Überprüfung der Identität des Bewerters und seines Textes bis hin zur Entscheidung der Portalbetreiber, was letztendlich veröffentlicht wird - und was nicht.

Über die Frage, wie hilfreich solche Foren und Portale sind, gibt es unterschiedliche Ansichten, auch innerhalb der »Treffpunkte-Redaktion, wie die nachfolgenden Pro- und Kontra-Beiträge zeigen.

PRO

Durchaus hilfreich!

Objektivität ist schwierig zu erreichen, vor allem, wenn es sich um »zwischenmenschliche Beziehungen« handelt wie bei der Auswahl eines Psychiaters. Bei ihm spielt ja nicht nur seine fachliche Kompetenz eine Rolle, sondern auch die Frage, ob »die Chemie« zwischen ihm und seinen Patienten stimmt. Doch auch hier gilt, wer im Vorfeld etwas Zeit und Energie investiert bei der Suche nach einem Psychiater und sich vor allem drüber im Klaren ist, was er von ihm erwartet, kann die Unterstützung im Internet dabei einsetzten, um fündig zu werden. Denn es gibt durchaus Kriterien für »gute« und »schlechte« Ärzte, die objektivierbar sind. Beispielsweise:

- Wann kriegt man – nach dem ersten Kontakt - einen Behandlungstermin?
- Wie lange muss man im Wartezimmer verweilen?
- Kann man auch in Notfällen kurzfristig vorbeischauen - ohne Termin?
- Ist die Sprechstundenhilfe freundlich und verbindlich?
- Kennt sich der Spezialarzt auch in Gebieten außerhalb seines Faches aus, weiß er beispielsweise etwas über Zusammenhänge von Lebensführung (unter anderem die Auswirkungen von Ernährungsweisen) auf die psychische Befindlichkeit?
- Was für Behandlungsschwerpunkte und Behandlungskonzepte hat er?
- Ist der Mediziner auf dem neuesten Stand, was sein Fachgebiet betrifft?

Mir hat – unter anderem - der Besuch von Internet-Bewertungsportalen über Zahnärzte weitergebracht, als ich meine »alte« Zahnärztin wechseln musste, weil ich erstens umgezogen war und sie in meinem speziellem Fall (»Sinuslifting« und Einsetzung von Implantaten) nicht entsprechend ausgebildet und zuständig war, wie sie selber angab. Solche Erfahrungen sind natürlich nicht eins zu eins auf Psychiater übertragbar.

Aber nicht immer spielen »verletzte Gefühle« und ähnliche Beweggründe - wie »dem Arzt eins auszuwischen« - mit, wenn Ärzte negativ bewertet werden. Für solche Texte gibt es, gerade bei Portalen, vorgeschaltete Sicherheits- und Überprüfungsstufen. Gegebenenfalls kommen Schmähtexte über diesen Weg gar nicht erst ins Internet.

Allerdings bin ich bei positiven Bewertungen, speziell bei bestimmten stark kommerziellen Seiten, wie beispielsweise bei Reiseportalen üblich, vorsichtig. Es soll da nämlich von den Unternehmen schon mal kräftig nachgeholfen worden sein. Doch bei der Bewertung – nicht nur - eines Psychiaters wird im Vorfeld die Bewerter-Identität überprüft, und damit ein solcher Betrug, (z. B. Eigenwerbung des betreffenden Arztes) ausgeschlossen.

Weiter ist es vielleicht üblich, dass im Vorfeld bestimmte, auch unspezifische Fragen (von den Portalbetreibern) über Persönliches gestellt werden, die man allerdings gegebenenfalls überspringen kann (weil deren Beantwortung nicht bindend ist). Außerdem sollen bei manchem Portal – negative Bewertungen - ausgesiebt werden. Doch einen ersten Eindruck kann man bei einem Portal schon darüber gewinnen, wie der betreffende Arzt generell arbeitet.

Gegebenenfalls können die Informationen aus dem Internet mit anderen Aussagen oder durch Beratung mit Freunden und Bekannten ergänzt und »kontrapunktiert« werden.

Stavroula Poursaitidou

KONTRA

Zeit und Mühe!

Auf der Suche nach einem Psychiater erst stundenlang im Internet zu suchen, ist sehr anstrengend. Will ich über das Branchenbuch einen Arzt finden oder will ich erst ein Bewertungsportal ansehen und welches?

Bewertungsportale weisen meist eine Gesamtnote aus, die durch Bewertungen von registrierten Personen ermittelt werden. Diese Personen müssen viele Fragen beantworten, bei manchen gar ihre Krankheiten, ihre Versicherungsart, ihr Alter, ihr Geschlecht, gar ihr Einkommen usw. darlegen. Alles interessante Ansammlungen von Daten - für was?

Dabei wird meist schlicht und einfach nachgefragt, wie sie die Ausstattung der Praxis, den Service und das Personal finden. Die Kompetenz des Arztes einzuschätzen, bleibt sehr schwierig und wird ganz allgemein gehalten. Welcher Laie kann die fachliche Kompetenz eines Arztes einschätzen, da er meist nur mit einem Halbwissen über medizinische Erkenntnisse verfügt?

Subjektive Eindrücke von Patienten erstellen eine Bewertung. Wobei schlechte Bewertungen in der Regel von den kommerziellen Bewertungsports der Anbieter aussortiert werden oder sie gehen verschlüsselt in die Gesamtbewertung ein, ohne sie zu benennen.

Im Großen und Ganzen kostet es viel Zeit und Mühe, sich durch das Geflecht der vielen Internet-Seiten durchzukämmen, um schließlich eigene Erfahrungen bei einem Psychiater in der Praxis zu machen, ob sie oder er die richtige Frau oder richtige Mann für meine Probleme ist. Vielleicht lohnt es sich, ganz einfach bei der Praxis in Wohnnähe anzufangen.

Jedenfalls habe ich mir den Stress erspart, die Menge und die Qualität der Aussagen der anderen Bewerter im Netz auf ihre Nützlichkeit zu überprüfen, was sich ja auch als kontraproduktiv erweisen kann, wenn der gewünschte Effekt nicht eingetreten ist. Außerdem müsste ich vielleicht hinterher noch die Prozedur unternehmen, selber Bewerter zu werden und mich durch ein Gewirr von Fragen durchzuarbeiten.

Christel Gilcher

RHEIN-MAIN-KALEIDOSKOP

Rundgang zu Orten der Frankfurter Psychiatriegeschichte

Die Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen psychisch kranker Menschen lädt zu einem Rundgang zu Orten der Frankfurter Psychiatriegeschichte mit Stadtführer und ehrenamtlichem Stadtrat Christian Setzepfandt ein. Die Veranstaltung im Vorfeld der 26. Frankfurter Psychiatriewoche findet am Freitag, den 12. September 2014 statt. Start ist um 16.00 Uhr am Pavillon an der Frankfurter Hauptwache.

www.angehoerige-frankfurt.de

Sportdezernat unterstützt Kooperationsprojekt

Die Kooperationspartner von FTV 1860, SC Weiss-Blau Frankfurt und Frankfurter Verein für soziale Heimstätten erhalten für die Teilnahme ihrer Sportler am Fußball-Ligabetrieb in der laufenden Saison bis Mai 2015 einen Zuschuss aus Sportfördermitteln in Höhe von 7.185 Euro. Der Betrag steht vor allem für die notwendigen Übungsleiter- und Betreuerkosten zur Verfügung, die damit teilweise von der Stadt Frankfurt am Main übernommen werden.

www.weissblaufrankfurt.de (Rubrik SoMa)

Vitos übernimmt Suchthilfezentrum Hasselborn

Vitos Hochtaunus übernimmt das Suchthilfezentrum Hasselborn mit einer Fachklinik für Drogenentzug mit 14 Betten und einer Übergangseinrichtung für suchtkranke Menschen mit 28 Plätzen. Der Geschäftsführer von Vitos Hochtaunus, Stephan Köhler und Rolf Mayer, Geschäftsführer des Vereins Arbeits- und Erziehungshilfe e.V., haben einen entsprechenden Vertrag unterzeichnet. Mit der Übernahme des Suchthilfezentrums soll eine durchgängige »Versorgungskette« für die Behandlung von Abhängigkeitserkrankungen geknüpft werden. Die Unterstützung von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen in Frankfurt am Main zählt zu den Kernaufgaben des Vereins Arbeits- und Erziehungshilfe, der Betrieb eines Suchthilfezentrums außerhalb Frankfurts jedoch nicht. Um das Suchthilfezentrum in Zukunft weiterentwickeln zu können, habe der Verein nach einem starken Partner gesucht, so Rolf Mayer. Jetzt gelte es, das Suchthilfezentrum in Vitos Hochtaunus zu integrieren, erläutert Stephan Köhler.

www.vitos-hochtaunus.de
www.vae-ev.de

Sporttherapie bei Schizophrenie sinnvoll

Dass Sport treiben, bei Depressionen helfen kann, ist bereits durch mehrere weltweite Studien belegt. Doch auch bei anderen schweren, psychischen Erkrankungen, hilft sportliche Aktivität, nicht nur die Krankheits-Symptomatik, sondern insgesamt die Befindlichkeiten und sogar »bereits körperlich ausgeprägte Schädigungen im Gehirn« positiv zu beeinflussen. Das ist auch die Quintessenz zweier Sportstudien, die die Universität München/Göttingen in den letzten Jahren mit Schizophrenie-Erkrankten (und Kontrollgruppen) durchführte. Am 28. Mai 2014 fand in der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie in Frankfurt am Main-Niederrad dazu eine Vorlesung und anschließender Diskussion mit Prof. Dr. Andrea Schmitt von der Uni-Klinik München statt. Geplant war die Veranstaltung als ein Fortbildungsangebot für die Psychiatrie-Beschäftigten dort, es kamen aber auch vom Thema betroffene Menschen. Insgesamt folgten den fachlichen Ausführungen der Referentin, die medial (durch projektierte Graphiken, die leider nur in englischer Sprache waren) unterstützt wurden, rund 30 Teilnehmer. Ausgangsüberlegung zu den Studien waren die Ergebnisse von Tierversuchen. Im September dieses Jahres ist eine weitere Sporttherapiestudie mit mehr Probanden und zusätzlichen Therapieangeboten, wie begleitendes kognitives Training, geplant. Denn Sport, so das Resümee der Veranstaltung, ist eine »kostengünstige, nebenwirkungsarme, effektive Therapieart«.

Stavroula Poursaitidou

RPK Frankfurt nahm Betrieb auf

In den letzten Wochen ist viel passiert im 4. Obergeschoss im Frankfurter Mittelweg 49. Unter den interessierten Blicken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bamberger Hofes, unseren direkten Nachbarn, wurden Tische geschleppt, Telefone installiert und Bildschirme aufgebaut. Seltsame Treffen fanden statt, fremde Gesichter, ein bisschen schick gemacht und ein bisschen aufgeregt, suchten die 4. Etage auf. Am 1. April 2014 konnte man dann das Ergebnis all dieser Aktivitäten erleben: Das Team des »RPK Frankfurt« (vgl. Treffpunkte 2/2014) traf sich zum ersten Arbeitstag. Wir mussten uns erst einmal kennenlernen und die Räume in Besitz nehmen. Schon mittags aber auf dem Weg zum Haus der Volksarbeit plauderten wir wie alte Bekannte. Zufrieden und satt von der leckeren Linsensuppe und freundlichst verwöhnt von den netten Mitarbeiterinnen im Café entstanden dann auch schon viele Ideen zur Kooperation. Am Ende des Tages und zurück im Mittelweg waren wir uns einig: Wir werden ein tolles Team und freuen uns alle sehr auf unsere ersten Rehabilitanden, mit denen wir arbeiten werden. »RPK« steht für »Rehabilitationseinrichtung für Psychisch Kranke und behin-

derte Menschen«. Eine RPK bietet ihren Patienten eine Kombination medizinischer und beruflicher Rehabilitationsleistungen. Diese Leistungen werden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterschiedlicher Professionen unter einer gemeinsamen fachärztlichen Leitung erbracht. Ziel einer RPK-Maßnahme ist die Überwindung psychischer Gesundheitsprobleme in Verbindung mit einer aktiven Vorbereitung auf die Teilhabe am Arbeitsleben.

Dr. Sabine Kreß, ärztliche Leitung (sabine.kress@vitos-reha.de)

Steinbach am Taunus: Neue Tagesstätte eröffnet

Für seelisch behinderte Menschen im Hochtaunuskreis gibt es eine neue Anlaufstelle: In der Daimlerstraße 6 in Steinbach am Taunus wurde eine Tagesstätte eingeweiht. Sie bietet 16 Menschen, darunter auch Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen, Unterstützung im Alltag. Der Landeswohlfahrtsverband Hessen finanziert das Betreuungsangebot mit rund 220.000 Euro im Jahr. Der Verein Perspektiven e. V. unterhält im Hochtaunuskreis damit drei Tagesstätten (in Oberursel, Königstein und Steinbach am Taunus) mit insgesamt 54 Plätzen.

www.perspektivenev.de

Hochtaunuskreis: Internetseite vernetzt Hilfsangebote für Asylbewerber

Die Katholische und die Evangelische Kirche im Hochtaunus bieten seit kurzem eine Online-Serviceplattform für alle an, die sich für Asylbewerber engagieren wollen. Die Internetseite soll die vielfältigen Aktivitäten darstellen, koordinieren und vernetzen. Hauptamtliche und ehrenamtliche Aktive in der Flüchtlingsarbeit finden schon seit längerer Zeit bei den Kirchen im Kreis Unterstützung. So koordiniert das Evangelische Dekanat den »Arbeitskreis Flüchtlinge im Hochtaunus«. Das Diakonische Werk betreibt eine Flüchtlingsunterkunft in Grävenwiesbach, an den sich ein Förderkreis angeschlossen hat, und bietet Qualifizierungskurse an, um »Lotsen« für die Begleitung von Flüchtlingen auszubilden. Dort werden auch Ehrenamtliche aktiv, die den Flüchtlingen beim Auszug aus der Unterkunft behilflich sind. Rund 750 Asylbewerber sind derzeit im Hochtaunuskreis in Gemeinschaftsunterkünften und Privatwohnungen untergebracht, Tendenz steigend.

www.fluechtlingshilfe-htk.de

Psychiatrische Tagesklinik Hofheim umgezogen

Die psychiatrische Tagesklinik in Hofheim hat eine neue Adresse: Sie nutzt jetzt das Erdgeschoss des Verwaltungsgebäudes am Hofheimer Krankenhaus, das dafür umgebaut wurde. Bislang war die Tagesklinik im Erdgeschoss der Psychiatrischen Aufnahmestation untergebracht; doch hier

NACHRUF Gertrud Pollak

Gertrud Pollak ist nach kurzer schwerer Krankheit am 9. April 2014 gestorben. Ich habe sie über Jahrzehnte gekannt und die letzten vier Monate am Telefon als Freundin begleitet bis zum Tod. »Ein Engel mit Flügeln« und einem ganz großen Herz hat uns verlassen, und ich bin sehr traurig. Sie fehlt mir - als Mensch und als Freundin. Die letzten vier Monate haben meine Mutter Johanna von Amerongen und ich sie persönlich auf ihrem schweren Leidensweg begleitet. Wir haben versucht, ihre schwere Erkrankung dabei nicht in den Mittelpunkt zu stellen. Nein, uns war nur noch die »Gerdi« als Mensch wichtig. Wir und viele Patienten, die sie über Jahrzehnte kannten, werden traurig über diese Nachricht sein. Ich will ihr mit diesen Zeilen noch ein kleines Dankeschön schenken: Danke, dass es Dich gab. Danke, wie sehr Du Dich in deinem Beruf als Krankenschwester und als Mensch engagiert hast. Danke für alles. Gertrud Pollak war seit 1976 in Bamberger Hof in Frankfurt am Main-Niederrad auf Station 1 tätig, bis sie ab 1979 und die letzten elf Jahre als stellvertretende Stationsleitung im Haus der Vitos Klinik Bamberger Hof im Oeder Weg in der Tagesklinik tätig war. Meine Mutter, Johanna von Amerongen, sagte immer im Spaß: »Gerdi ist meine rechte Hand«, da sie selbst Linkshänderin ist. Gertrud Pollak wird ein großes Loch hinterlassen. Wir trauern!

Anna von Amerongen

reichte der Platz nicht mehr, denn die Patientenzahlen sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Montags bis Freitags von 8.00 bis 16.00 Uhr werden in der Tagesklinik mit 21 Plätzen die Patienten von einem interdisziplinären Team betreut.
www.kliniken-mtk.de

Hanau: Landeswohlfahrtsverband Hessen wird Träger der Paula-Fürst-Schule

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen hat die Trägerschaft für die Paula-Fürst-Schule in Hanau übernehmen. Die Schule mit dem Förderschwerpunkt für kranke Schülerinnen und Schüler bietet 20 Plätze für Kinder und Jugendliche, welche die Vitos kinder- und jugendpsychiatrische Tagesklinik besuchen. Die Paula-Fürst-Schule ist die sechste Schule in Trägerschaft des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen mit dem Förderschwerpunkt für kranke Schülerinnen und Schüler. Derzeit gibt es bereits Standorte in Eltville, Herborn (mit Außenstellen in Limburg und Wetzlar), Kassel, Marburg und Riedstadt.
www.schule-fuer-kranke-hanau.de

Neue Selbsthilfegruppen geplant

Die Selbsthilfe-Kontaktstelle Frankfurt bietet Beratung, Unterstützung und Information für Einzelne und Selbsthilfegruppen an. Derzeit entstehen neue Selbsthilfegruppen unter anderem zu den folgenden Themen: Dissoziieren und Traumafolgestörung, Essstörungen, religiöser Missbrauch, Resilienz als Weg zur Stärkung und Entwicklung der inneren Kraft. Auf ihrer Webseite informiert die Selbsthilfe-Kontaktstelle regelmäßig über neue entstehende Gruppen.
www.selbsthilfe-frankfurt.net

Präventionsprojekt geplant

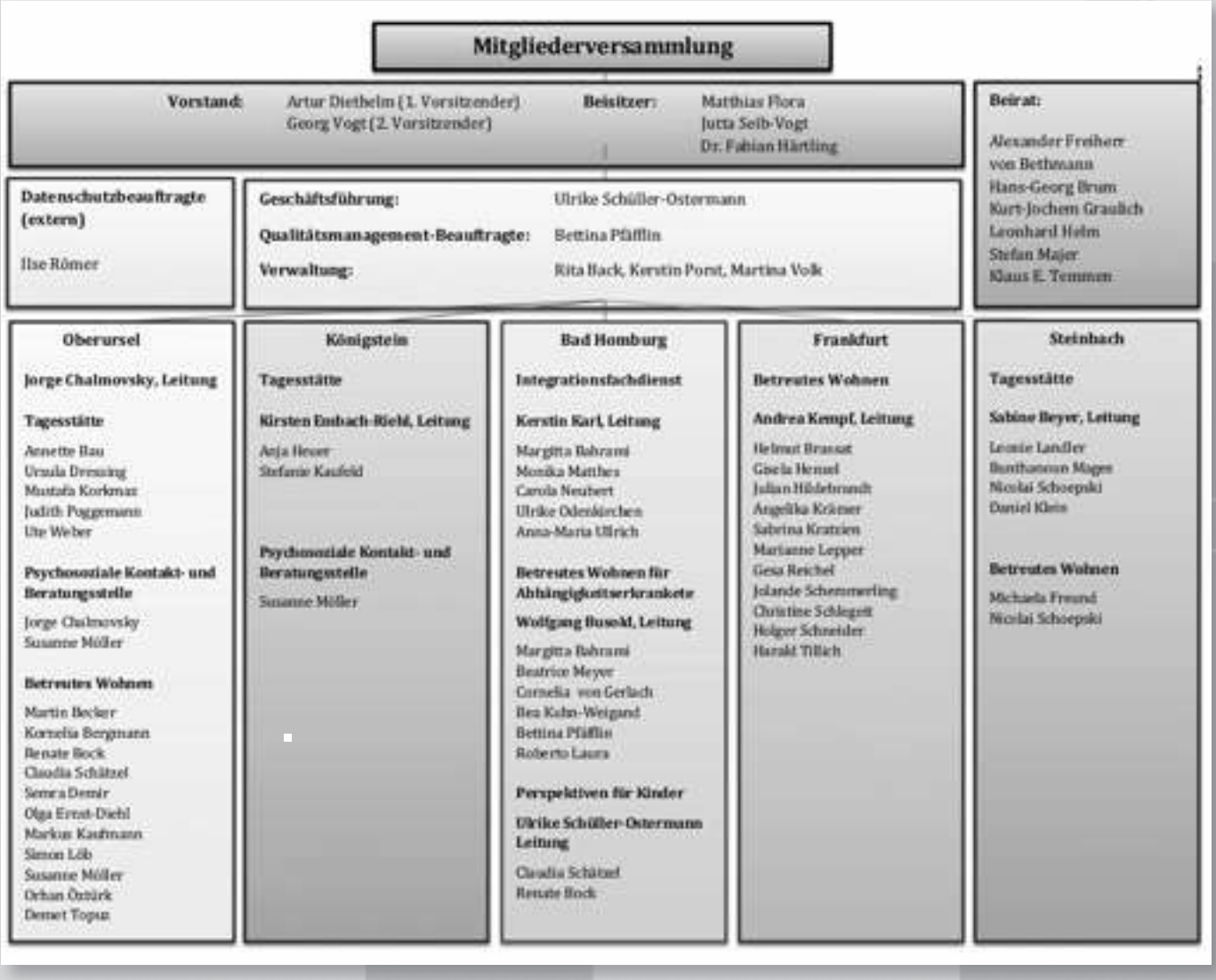
Das von dem Leipziger Verein »Irrsinnig Menschlich e. V.« entwickelte Präventionsprogramm für seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wird nun auch im Hochtaunuskreis umgesetzt. Das Programm lädt junge Menschen ab der 8. Schulklasse und ihre Lehrer zu einem offenen Austausch über Fragen der seelischen Gesundheit ein. Ein Team - bestehend aus einem Moderator (Fachkraft aus Psychologie, Psychiatrie, Sozialarbeit oder Pädagogik) und einem »Experten in eigener Sache« (ein von psychischen Gesundheitsproblemen betroffener Mensch) - führt in den Schulen klassenweise eintägige Workshops zum Thema durch. Der Experte gibt sich im Verlauf der Veranstaltung zu erkennen, erzählt seine Geschichte und beantwortet Fragen der jungen Menschen. Diese unerwartete Begegnung ist oft der Schlüssel zur Veränderung von Einstellungen und im besten Falle auch von Verhalten. Im Hochtaunuskreis wird der Verein Perspektiven e. V. das Projekt als Kooperationspartner von »Irrsinnig Menschlich« koordinieren. Für die Gründung der Regionalgruppe sucht der Verein noch engagierte Fachkräfte und motivierte Experten in eigener Sache, um das Programm an interessierten Schulen durchführen zu können. Ansprechpartnerin ist die Projektkoordinatorin Beatrice Meyer (Telefon 0178 1692036)
b.meyer@perspektivenev.de

Mitstreiter gesucht

Die Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen, Freunde und Förderer psychisch,seelisch kranker Menschen in Frankfurt e. V. sucht Freiwillige, die sich im Verein und im Vorstand engagieren wollen. Mögliche Aufgaben sind Telefonberatung (nach Einweisung und mit Begleitung), Kassenführung des Vereins (kaufmännische Grundkenntnisse sollten vorhanden sein) sowie Organisation von Veranstaltung und weiteren Aufgaben. Allgemeine Fähigkeiten oder Voraussetzungen, die für die Ausübung der Tätigkeit wünschenswert sind: Kommunikationsfähigkeit mit Menschen, die in einer schwierigen Lebenssituation stecken, Interesse an Menschen mit psychischen Problemen, eigene Erfahrungen mit Lebenskrisen. Der zeitlicher Aufwand kann zwischen zwei und fünf Stunden im Monat betragen. Eine Fahrtkostenerstattung kann vereinbart werden. Eine Haft-und Unfallversicherung ist über eine Mitgliedschaft im Verein möglich.
angehoerige@googlemail.com
www.angehoerige-frankfurt.de

Kino im Hinterhof

Während der diesjährigen Frankfurter Psychiatriewoche zeigt der Frankfurter Verein für sozialen Heimstätten den Film »Wir schaffen das schon«. Der Film ist eine Hommage an Franco Basaglia und seine Anhänger der Reformbewegung der Psychiatrie in Italien. So wie Franco Basaglia den Gedanken prägte, dass jeder ein Recht auf Arbeit hat, so zeigt auch der Film, dass es möglich ist, dieses Recht für jeden umzusetzen. Franco Basaglia, der Vordenker der offenen Psychiatrie in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, ist mit seiner Botschaft auch in der heutigen Diskussion über die Lebenswirklichkeit psychiatrieerfahrener Menschen noch immer aktuell. Gezeigt wird der Film am 23. September 2014 von 14.00 bis 17.00 Uhr im Hinterhof der Rösterei »basaglia« in der Mainzer Landstraße 233 in Frankfurter am Main. Nach dem Film ist eine kleine Gesprächsrunde geplant.
www.cafebasaglia.de



Im letzten Jahr erreichte der Verein Perspektiven e. V. in Frankfurt am Main und im Hochtaunuskreis nach seinem neuen Jahresbericht 864 Personen mit seinen Beratungs- und Betreuungsangeboten. Begonnen wurde im letzten Jahr das Modellprojekt »Perspektiven für Kinder«. Das Vorhaben wendet sich an Kinder und Jugendliche, deren Eltern psychisch erkrankt oder suchtkrank sind. Sowohl die Vereinsaktivitäten als auch einzelne Klienten, die sich in einer Notlage befinden, werden durch ehrenamtliche Helfer und Sponsoren unterstützt. Zudem hat der Verein im letzten Jahr ein Qualitätsmanagementsystem aufgebaut, das erfolgreich zertifiziert wurde. Im Jahresbericht kommen auch zahlreiche Klienten des Vereins zu Wort. Der Bericht ist im Internet frei zugänglich.

www.perspektivenev.de

Notizen

Wie man Selbsthilfe organisiert

Die in der gedruckten Fassung vergriffene »Starthilfe zum Aufbau von Selbsthilfegruppen« ist jetzt als aktualisierte PDF-Version im Internet abrufbar. Der Leitfaden für Gründer informiert in kompakter Form über die Möglichkeiten, Chancen und Schritte zum Aufbau von Selbsthilfegruppen. Die Hinweise sind auch hilfreich für Verbände und Vereine, die mit Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfegruppen zusammen arbeiten wollen. Die 39-seitige Arbeitshilfe kann kostenlos heruntergeladen werden. Eine neu Printversion wird für das nächste Jahr vorbereitet.
www.nakos.de

»Marburger Erklärung« zur Reform der Eingliederungshilfe in Hessen

Die Diskussionen um die Einführung der personenzentrierten Steuerung in der Eingliederungshilfe in Hessen hat bei vielen Einrichtungen und Diensten zu der Besorgnis geführt, dass mit der Umsetzung einiger Empfehlungen aus dem xit-Bericht eine qualitative Verschlechterung der Bedingungen zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung einhergeht. Deshalb hat sich im Landkreis Marburg-Biedenkopf eine zielgruppenübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, die eine »Marburger Erklärung« verfasst hat. In der Stellungnahme finden sich neben den angesprochenen Bedenken auch Vorschläge zur weiteren Gestaltung der Planungsprozesse, denn die unterzeichnenden Träger möchten sich durchaus an dem begonnenen Prozess der landesweiten Einführung der »Personenzentrierten Steuerung der Eingliederungshilfe« fachlich-konstruktiv beteiligen. Insbesondere die Frage der Verlagerung der Bedarfsermittlung vom Leistungserbringer auf den Leistungsträger bewirkt aus ihrer Sicht keine Verbesserung für die hilfesuchenden Menschen mit Behinderung im Sinne von Personenzentrierung, Teilhabe und Barrierefreiheit.
www.bi-marburg.de/marburger-erklarung-zur-einfuhrung-von-perseh

Experten fordern Korrekturen beim neuen Entgeltsystem

Eine grundlegende Kurskorrektur beim neuen pauschalierenden Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik fordern 18 Fachverbände in einem gemeinsamen Schreiben an Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU). Wer aufgrund einer akuten und schweren psychischen Erkrankung auf eine Behandlung im Krankenhaus angewiesen sei, dürfe durch das neue Entgeltsystem nicht benachteiligt werden, so die Verbände. Die beschlossene Verlängerung der sogenannten Optionsphase bis Ende 2016 sei ein Schritt in die richtige Richtung, genüge aber nicht. Vielmehr müsse die Systematik des Entgeltsystems grundlegend überarbeitet werden. Seit dem vergangenen Jahr können psychiatrische Kliniken nach der neuen Methode abrechnen; sie sind dazu aber noch nicht verpflichtet. Nötig sei insbesondere eine fachlich begründete, »bürokratiearme« Leistungserfassung und Kalkulation.
www.dgppn.de/presse/pressemitteilungen/detailansicht/article/149/neues-psychi-1.html

Depressionen: Keine angemessene Versorgung gewährleistet

Drei von vier Patienten in Deutschland, die an einer schweren Depression erkrankt sind, erhalten keine angemessene Therapie. Laut »Faktencheck Gesundheit« der Bertelsmann Stiftung werden bundesweit mehr als die Hälfte der schwer Depressiven unzureichend, 18 Prozent sogar gar nicht behandelt. Wie hoch die Chance eines Patienten auf eine angemessene Therapie ist, hänge nicht zuletzt vom Wohnort ab. Derzeit litten rund neun Millionen Deutsche an einer behandlungsbedürftigen Depression. Eine angemessene Behandlung von schweren Depressionen besteht nach Ansicht der Verfasser der Studie aus einer Kombination von Psychotherapie und der Einnahme von Antidepressiva. Doch nur ein Viertel der Betroffenen werde auf diese Weise behandelt. Viele Schwerkranke bekämen ausschließlich Medikamente. Der Großteil der Patienten erhielte keine oder eine zu kurze Therapie.
https://faktencheck-gesundheit.de

Mindeststandards für psychosoziale Prozessbegleitung

Bund und Länder wollen die Rechte von Opfern schwerer Sexual- und Gewaltdelikte stärken. Daher hat die Justizministerkonferenz unter Leitung von Rheinland-Pfalz bei ihrem Frühjahrstreffen 2014 Mindeststandards für die psychosoziale Prozessbegleitung beschlossen. Psychosoziale Prozessbegleitung ist eine besonders intensive Form der Begleitung für stark belastete Verletzte von Straftaten und gegebenenfalls deren Angehörige vor, während und nach der Hauptverhandlung durch psychosoziale Fachkräfte. Sie umfasst qualifizierte Betreuung, Informationsvermittlung und Unterstützung im Strafverfahren mit dem Ziel, die individuelle Belastung zu reduzieren und die Aussagetüchtigkeit als Zeuge im Strafverfahren zu fördern.
www.mjv.rlp.de/Ministerium/Opferschutz/psychosoziale-Prozessbegleitung

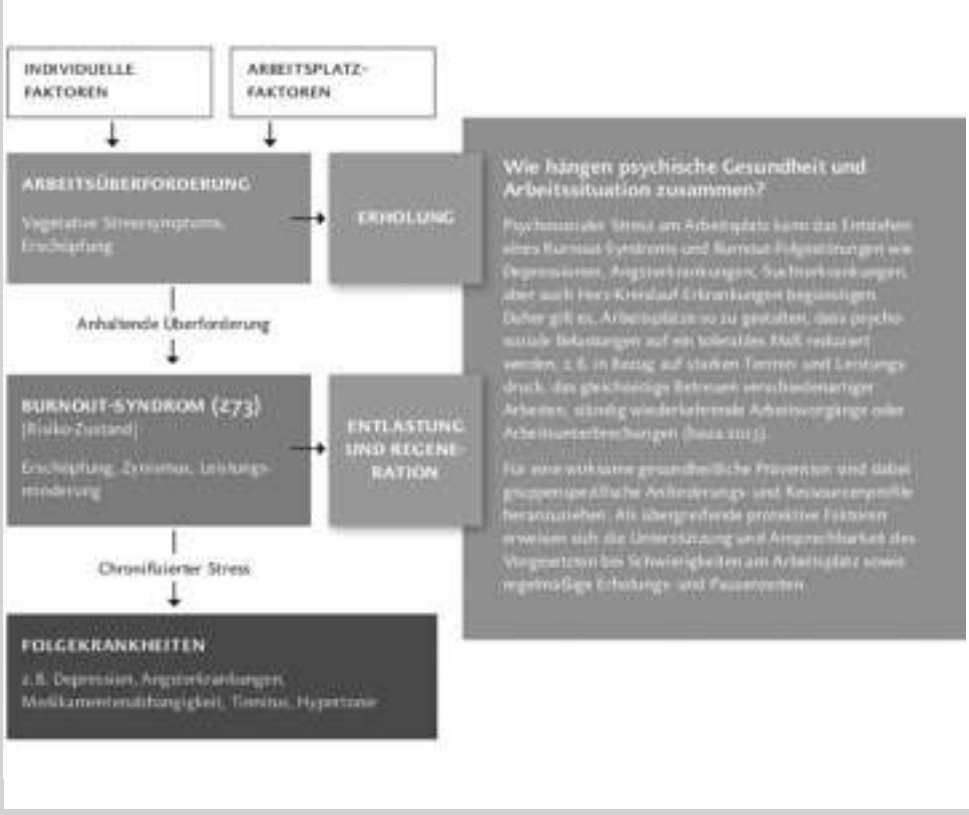
Mond ohne Einfluss auf den Schlaf

Der Mond hat entgegen der Ansicht vieler Menschen und auch nach den Ergebnissen einiger früherer wissenschaftlichen Studien keinen Einfluss auf die Schlafqualität. Eine neue umfangreiche Datenanalyse, die Forscher des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie in München jetzt in einer Fachzeitschrift vorgestellt haben (»Current Biology« 2014), konnte keine entsprechenden Effekte beobachten. Das Team hat die Schlafdaten von 1.265 Probanden aus 2.097 Nächten ausgewertet. Dabei fanden sie keinen Hinweis dafür, dass Frauen oder Männer

bei Vollmond besser oder schlechter schlafen oder die Mondphase in irgendeiner Weise die Schlafdauer beeinflusst. Dass in der Literatur immer wieder Berichte über den Einfluss des Mondes auf den Schlaf auftreten, führten die Münchner Forscher auf eine selektive Publikation positiver Ergebnisse zurück. Studien mit negativem Ausgang würden selten veröffentlicht.
www.mpipsykl.mpg.de

Broschüre »Zur Zukunft der Psychiatrie«

»Psychiatrie hat Zukunft – aber welche?« Antworten darauf versuchen sieben Autoren in einer Broschüre des Landesverbandes Bayern der Angehörigen psychisch Kranker e. V. zu geben. Zu den Verfassern gehören beispielsweise Sibylle Prins und Prof. Dr. med. Asmus Finzen. Dr. Klaus Obert vom Caritasverband Stuttgart erinnert in seinem Beitrag speziell zur Sozialpsychiatrie an die Erfahrung, dass Geschichte sich nicht einfach nur ereignet, sondern auch gemacht wird: »In welche Richtung sich die Sozialpsychiatrie weiterentwickelt, hängt nicht unwesentlich damit zusammen, wie es den Selbsthilfeorganisationen gemeinsam mit den



Die Arbeitnehmer in Deutschland sind vor psychosozialen Risikofaktoren am Arbeitsplatz unzureichend geschützt. Das zeigt eine neue Studie der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) zusammen mit der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie Freiburg im Breisgau. Auch deshalb nähmen die Fehltage aufgrund von psychischen Erkrankungen quer durch alle Branchen zu, kritisieren die Fachorganisation und die Klinik. Eine andauernde Überforderung am Arbeitsplatz könne bei der Entstehung und bei der Aufrechterhaltung psychischer Erkrankungen von Bedeutung sein. Ende 2013 hatte der Gesetzgeber die Gefährdungsbeurteilung auch bezüglich psychischer Belastungen im Arbeitsschutzgesetz aufgenommen. Allerdings seien die Vorgaben an den Arbeitgeber zur Umsetzung kaum verbindlich geregelt. Wer als Arbeitgeber die Gefährdungsbeurteilung bei psychosozialen Risikofaktoren vernachlässige oder gar nicht vornähme, habe mit keinen Konsequenzen zu rechnen, kritisieren Fachgesellschaft und Klinik. Die zuständigen Landesbehörden für Arbeitssicherheit müssten nach geltendem Recht die Gesetzesvorgaben für psychische Gesundheitsgefährdungen überwachen und den Arbeitgeber auf die Verletzung seiner Pflichten hinzuweisen. Erst wenn der Arbeitgeber nach diesem Hinweis innerhalb einer Frist nichts verbessere, könne die Pflichtverletzung als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld geahndet werden.
www.dgppn.de

»Unn?« »Muss!«

Minimaldialog zwischen zwei älteren Männern

Gehört auf der Berger Straße in Frankfurt am Main

professionell Tätigen gelingt, ihre Interessen und Bedürfnisse aktiv in die gesellschaftliche Öffentlichkeit hineinzutragen und sich dort zu behaupten und auf die weitere Entwicklung Einfluss zu nehmen.« Die 58-seitige Broschüre steht im Internet zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung.
www.lvbayern-apk.de

Dokumentation über ambulante Hilfen bei psychischen Krisen erschienen

Die Aktion Psychisch Kranke hat die Dokumentation ihrer Jahrestagung 2013 über ambulante Angebote der Krisenhilfe veröffentlicht. Die 42 Fachbeiträge aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Praxis wollen Impulse geben zur Optimierung der ambulanten Krisenhilfe, um eine stationäre Aufnahme möglichst zu vermeiden. Der Beiträge sind einzeln kostenlos herunterladbar.
www.apk-ev.de/public/projekte.asp

Mehr Patientenberatung ab 2016

Die Förderung der Patientenberatung in Deutschland wird durch das vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgeweitet. Danach wird ab 2016 die Finanzierung der Patientenberatung nach SGB V § 65b von 5,2 auf neun Millionen Euro erhöht und jährlich an die allgemeine Einkommensentwicklung angepasst. Derzeit vergeben sind diese Mittel für fünf Jahre an die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD gGmbH). Die laufende Förderphase endet am Jahresende 2015. Zukünftig wird die Finanzierung nach dem Beschluss des Bundestages für jeweils sieben Jahre vergeben. Die Unabhängige Patientenberatung wurde 2006 gegründet und ist seitdem mit der gesetzlichen Patientenberatung beauftragt. Sie berät kostenfrei, neutral und unabhängig vor Ort in 21 regionalen Beratungsstellen sowie über ein gebührenfreies bundesweites Beratungstelefon in drei Sprachen und speziell zu Arzneimittelfragen. Gesellschafter der Organisation sind der Sozialverband VdK Deutschland, der Verbraucherzentrale Bundesverband und der Verbund unabhängige Patientenberatung.
www.upd-online.de

Sanktionen ohne Hilfe sind rechtswidrig

Die wiederholte Verhängung von Sanktionen durch das Jobcenter gegen eine psychisch behinderte Hartz-IV-Empfängerin ist unverhältnismäßig, wenn besondere Betreuungsleistungen erforderlich sind. Dies hat das Sozialgericht Dresden in einem neuen Gerichtsbescheid entschieden und acht Sanktionsbescheide aufgehoben. Die 36 Jahre alte Klägerin arbeitete in einem geschützten Arbeitsbereich, bevor sie arbeitslos wurde. Eine psychische Behinderung wurde festgestellt. Zu Meldeterminen des Jobcenters erschien sie nicht mehr. Innerhalb von fünf Monaten lud das Jobcenter sie achtmal zu sogenannten Meldeterminen ein. Nachdem die Klägerin den Einladungen nicht nachgekommen war, verhängte das Jobcenter Sanktionen. Dadurch wurde die Regelleistung jeweils für drei Monate um zehn Prozent gemindert. Das Sozialgericht hat alle acht Sanktionsbescheide aufgehoben. Die Meldeaufforderungen seien unverhältnismäßig gewesen. Sie ließen ein einzelfallbezogenes Krisen- und Konfliktmanagement vermissen. In Anbetracht der psychischen Behinderung der Klägerin seien besondere Betreuungs- und Unterstützungs-

leistungen geboten gewesen. Diese seien im Verwaltungsverfahren aber ausgeblieben..
Az.: S 12 AS 3729/13

Müller-Erichsen bleibt Behindertenbeauftragte

Der Hessische Innenminister Peter Beuth hat Maren Müller-Erichsen (Foto) erneut zur Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen ernannt. Maren Müller-Erichsen engagierte sich vor allem bei der Lebenshilfe Gießen, deren geschäftsführende Vorsitzende sie seit 1979 war. Seither stieß sie, auch als Vorsitzende des Deutsch-Israelischen Vereins für Rehabilitation und soziale Eingliederung für Behinderte und von Behinderung bedrohten Menschen, eine Vielzahl neuer Projekte an, die zur Integration und Förderung von Menschen mit Behinderung beitragen sollen. Sowohl auf Landesebene in Hessen als auch auf Bundesebene (1992 bis 2008) ist oder war die 75-Jährige Vorstandsmitglied der Lebenshilfe.
https://innen.hessen.de/ueber-uns/maren-mueller-erichsen

Obdachlose sind oft kränker als Psychiatrie patienten

Erstmals in der Schweiz hat sich eine Studie mit dem psychischen Gesundheitszustand von Menschen ohne Wohnraum befasst. Danach sind viele Obdachlose psychisch stärker beeinträchtigt als angenommen. Wie die Studie der Psychiatrisch-Psychologischen Poliklinik der Stadt Zürich nun aufzeigt, federn zwar kommunale Angebote einiges ab, weil der Ausbau des ambulanten Sektors und der Langzeiteinrichtungen aber langsamer vonstatten geht als der Abbau der stationären Angebote, kommen die städtischen Betreuungsangebote an ihre Grenzen. Viele der betroffenen Personen sind selbst in niederschwelligen Einrichtungen wie Notschlafstellen so schwierig zu betreuen, dass die betroffenen Betriebe zunehmend Hausverbote erteilen müssen. Damit hat sich auch in der Stadt Zürich die Tendenz zur Verschiebung der Behandlung in den gemeindenahen Raum bestätigt. So haben die Wohneinrichtungen der Stadt seit mehreren Jahren zunehmend mit psychisch schwer kranken und ungenügend behandelten Patienten zu tun. Rund 96 Prozent leiden laut einer Umfrage, welche die die Poliklinik bei 338 Betroffenen durchgeführt hat, an einer psychischen Störung. Befragt wurden die Bewohner der Notschlafstelle, der Nachtpension, des begleiteten Wohnens und des betreuten Wohnens City. Die große Mehrheit ist von einer Sucht- oder Abhängigkeitserkrankung betroffen. Daneben machen mit 38,5 Prozent aber auch affektive Störungen und mit knapp einem Viertel schizophrene Erkrankungen einen erstaunlich hohen Anteil aus. Überraschend für die Auftraggeber war vor allem das Resultat eines Direktvergleichs mit Patienten der Akutstation der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich: Durchschnittlich zeigten die betreuten Obdachlosen ein deutlich tieferes Funktionsniveau als die Klinikpatienten und waren schwerer belastet. Mit anderen Worten: Die Klientel der städtischen Wohneinrichtungen ist oft kränker als die Psychiatriepatienten.
www.stadt-zuerich.ch/gud/de/index/ gesundheit/medizinische_versorgung/psychiatrisch-psychologische_polikinik.html

Gilde Soziale Arbeit: Menschenrechte sind unteilbar

In einer »Bielefelder Erklärung 2014« wendet sich die Gilde Soziale Arbeit gegen Rechtsextremismus und sieht entsprechende gesellschaftliche Entwicklungen als erneute Herausforderung für Soziale Arbeit. Rechtsextremismus sei nicht in erster Linie dem Propagandaerfolg der rechtsextremen Gruppierungen und Parteien geschuldet, sondern durch soziale und politische Beeinflussungsprozesse verursacht, die die Ideologie der Ungleichwertigkeit als Legitimation bediene. Menschenfeindliche Einstellungen und Haltungen und rechtspopulistische Aktivitäten schafften die Legitimation sowohl für den subkulturellen als auch für den organisierten Rechtsextremismus. Staatliche Repression und ordnungs- und strafrechtliche Maßnahmen würden nicht dazu führen, menschenfeindlicher rechter Ideologie den Nährboden zu entziehen. In der Gilde Soziale Arbeit e. V. arbeiten Experten aus der Praxis, Lehre und Wissenschaft zusammen, die sich der Sozialen Arbeit verpflichtet wissen. Zweck des Vereins ist die Förderung der Jugendhilfe und Sozialen Arbeit sowie Sammlung und Verbreitung von Erkenntnissen über fortschrittliche, zeitgemäße Wege und Formen Sozialer Arbeit.
www.gilde-soziale-arbeit.de

Psychosomatische Sprechstunde im Betrieb

Kann eine »Psychosomatische Sprechstunde im Betrieb« dazu beitragen, dass psychosomatische Leiden nicht chronisch werden? Ein Projekt am Universitätsklinikum Ulm untersucht, welche Erfahrungen Betriebsärzte, Hausärzte, Psychotherapeuten und Personalverantwortliche mit dieser Form der Prävention gemacht haben. Erste Studien mit Patienten haben bereits Hinweise auf eine Wirksamkeit dieses Angebotes gegeben. Ziel ist es nun, die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Berufsgruppen zu analysieren und weiter zu verbessern. In dem Projekt können Mitarbeiter eines Betriebes oder einer Behörde eine Spezialsprechstunde am Arbeitsplatz in Anspruch nehmen. Diese wird in enger Abstimmung mit dem Betriebsmediziner durchgeführt und nutzt vorhandene Strukturen. In Ulm wurden insgesamt 174 Arbeitnehmer, die die Sprechstunde aufgesucht hatten, befragt; vor allem Männer, die weniger lange krank waren, hatten das Angebot angenommen.
www.uniklinik-ulm.de/index.php?id=1419

Kein Datum für ein Bundesleistungsgesetz

Der Bundesrat erkennt zwar

»Treffpunkte«

Die »Treffpunkte« sind ein Forum für alle in der ambulanten, teilstationären und stationären Psychiatrie sowie in der Sozialpsychiatrie. Die Zeitschrift berichtet über allgemeine Entwicklungen; das besondere Gewicht liegt auf regionalen Aspekten der Rhein-Main-Region.

Der Jahresbezugspreis für ein Einzelabonnement der »Treffpunkte« beträgt 19,- Euro einschließlich Versandkosten.

Wer die Zeitschrift besonders unterstützen möchte, kann sich zu einem Förderabonnement entschließen: Ab 30,- Euro im Jahr wird jede Ausgabe ins Haus geliefert. Die Ausgaben sind einzeln zum Heftpreis von 5,- Euro erhältlich.

Ausgabe 4/2013 »Wir sind keine Nische mehr!« – 25 Jahre Frankfurter Psychiatriewoche

Nicht mit Jubelveranstaltungen, aber durchaus selbstbewusst präsentierte sich die Frankfurter Psychiatriewoche, die im letzten Jahr das 25. Mal stattfand. In rund 40 Veranstaltungen boten Psychiatrieerfahrene, Angehörige und Träger von Diensten und Einrichtungen neben der Vermittlung von Informationen auch geeignete Plattformen für Begegnungen für alle, die sich für die Psychiatrie in der Mainmetropole interessieren. Die Ausgabe der Zeitschrift »Treffpunkte« berichtet über diese Treffen und ihre Ergebnisse.

Ausgabe 1/2014 Teilhabe an Arbeit

Arbeiten müssen oder nicht arbeiten dürfen – beides kann krank machen. Gesellschaftliche Bedingungen und persönliche Prägungen scheinen auch bei diesem für das Leben eines Menschen so wichtigen Aspekt ein kaum zu entwirrende Mischung einzugehen. Die verschiedenen Aspekte dieses Themas insbesondere für Menschen mit einer psychischen Krankheit untersucht das Themenheft der Zeitschrift »Treffpunkte«.

Ausgabe 2/2014 »Wir sind definitiv nicht für Sie zuständig!«

Was Menschen mit einer psychischen Erkrankung im Umgang mit Behörden erleben können, beschreibt ein Redaktionsmitglied der »Treffpunkte« in ihrem Bericht aus eigenem Erleben. Obwohl durchaus geübt im Umgang mit Ämtern und »Sachbearbeitern«, ging es letztlich doch nur nach Interventionen der für sie im Rahmen des Betreuten Wohnens zuständigen Sozialarbeiterin voran. »Wenigstens bisher«, resümiert die Autorin: »Man kann ja nie wissen ...«.

Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie
Frankfurt am Main e. V.,
Holbeinstraße 25-27
60596 Frankfurt am Main

Telefon 069 96201869
Fax 069 627705
gst@bsf-frankfurt.de
www.bsf-frankfurt.de

Im nächsten Heft:

Treffpunkte 4/2014

»Menschen in der Krise - Theorie und Praxis«

Erstmals stehen die Veranstaltungen der Frankfurter Psychiatriewoche unter einem gemeinsamen Motto. In den Tagen der offenen Tür, in den Diskussionsrunden und Straßenständen soll es um »Menschen in der Krise« gehen und wie ihnen geholfen wird und warum manchmal die Angebote doch nicht ausreichen.

Die »Treffpunkte« 4/2014 erscheinen am 14. November 2014. Für ein Jahresabonnement von 19,- Euro sichern Sie sich die sofortige Zustellung des jeweils neuesten Heftes. Bestellung per E-Mail: gst@bsf-frankfurt.de

an, dass mit dem Entwurf der Bundesregierung für den Haushalt 2014 ein struktureller Haushaltsausgleich erreicht wird, mahnt aber unter anderem an, dass die zugesagte Entlastung der Kommunen durch den Bund schnell umgesetzt wird. So solle das Bundesleistungsgesetz mit Wirkung zum 1. Januar 2017 in Kraft treten und damit die kommunal finanzierte Eingliederungshilfe in ihrer bisherigen Form ablösen. Die Bundesregierung schreibt in ihrer Gegenäußerung, dass sie den Konsolidierungskurs fortsetzen will (Bundestags-Drucksachen 18/700 und 18/702). Ein Datum für die Umsetzung des Bundesleistungsgesetzes sei weder im Koalitionsvertrag noch in der Vereinbarung zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages enthalten.
www.bundestag.de

Neue Allensbach-Studie untersucht die Motive bürgerschaftlichen Engagements

Die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement verankert sich schon früh im Leben. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben hat. Es sei deshalb wichtig, bereits Kinder und Jugendliche für Engagement zu begeistern, sagte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) bei der Vorstellung der Studie im Juni 2014. Der Studie zufolge unterscheiden sich die Motive des Engagements je nach Alter, Lebensphase und Bereichen sehr: Jüngere suchen häufiger Raum für eigene Entscheidungen und die Entfaltung eigener Fähigkeiten; Aktive im mittleren Alter möchten häufiger Dinge verändern, die ihnen nicht gefallen und die Lebensqualität am Wohnort erhöhen. Ältere Engagierte berichten häufiger über ethische und religiöse Antriebe für ihre Aktivitäten. Die Kernergebnisse der Befragung, für die das Institut für Demoskopie Allensbach im August 2013 eine Stichprobe von 1.548 Personen ab 16 Jahren erhoben hat, stehen nun auf der Internetseite des Ministeriums allen Interessierten zur Verfügung, ebenso die vollständige Langfassung mit Fragebogen und allen Tabellen auf der Homepage des Instituts für Demoskopie Allensbach.
www.bmfsfj.de/BMFSFJ/freiwilliges-engagement.html
www.ifd-allensbach.de/studien-und-berichte/veroeffentlichte-studien.html

»Brückenschlag« wird eingestellt

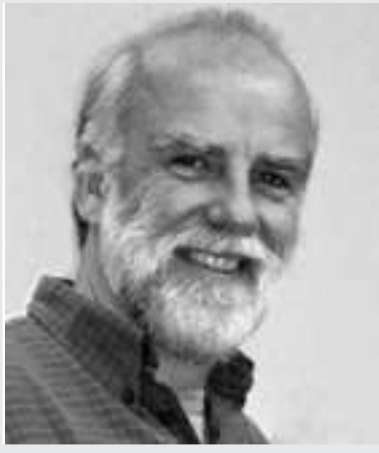
Der neue Brückenschlag ist fertig. Das Thema der 30. und zugleich letzten Ausgabe ist so etwas wie die Zusammenfassung der »Brückenschlag«-Arbeit über die vergangenen drei Jahrzehnte. Denn immer wieder erreichten die Redaktion beeindruckende Erfahrungsberichte, die das »Leben in Nischen« beschrieben. Sei es als akut verwirrter Mensch auf der Suche nach einer Möglichkeit zum Ausruhen. Sei es als langjährig von psychischer Krankheit Betroffener auf dem Weg, den passenden Lebensort und eine individuell sinnvolle Tätigkeit zu finden. Sei es als Frühberentete mit ehrenamtlichem und Selbsthilfe-Engagement. Sei es als Literatur- und Kunstschaffende in den eigenen vier Wänden oder in einer Ateliergemeinschaft. Der Brückenschlag 30 gibt diesen vielfältigen »Nischenerfahrungen« in seiner bewährten Texte- und Bilder-Mischung noch einmal explizit Raum und zeigt damit, was alles möglich und lebbar ist jenseits des Mainstreams von Leistungsgesellschaft und Krankenhaussystem.
Leben in Nischen. Zeitschrift Brückenschlag, Band 30, 2014. 200 Seiten. 18,- Euro. ISBN 978-3-940636-29-4. Vertrieb über Vertrieb Paranus Verlag:
E-Mail verlag@paranus.de,
Internet: www.paranus.de.

Patienten sind mit ambulanter Versorgung psychischer Beschwerden zufrieden

Laut einer Befragung durch das wissenschaftliche Institut der Allgemeinen Ortskrankenkassen zeichnen Patienten ein positives Bild hinsichtlich ihrer Erfahrungen mit Psychotherapie. Das Institut führt regelmäßig repräsentative Befragungen durch. Die aktuelle Erhebung ging der Frage nach, wie die Bevölkerung die Qualität der Versorgung wahrnimmt. Sowohl hinsichtlich der Erstversorgung beim Arzt – bei der die Hausärzte eine zentrale Rolle übernehmen – als auch hinsichtlich der Erfahrungen mit Psychotherapie zeichnen die Befragten ein positives Bild. Die Wartezeit auf eine Psychotherapie wurde im Schnitt mit viereinhalb Wochen angegeben. Von der deutschen Bevölkerung ab 18 Jahren gibt rund ein Viertel (23,6 Prozent) an, in den letzten zwölf Monaten beim Arztbesuch psychische Belastungen besprochen zu haben. Frauen sprachen über Stimmungslagen, persönliche oder psychische Probleme mit 29,1 Prozent deutlich häufiger als Männer mit 17,7 Prozent. Gesprächspartner war dabei für die meisten Betroffenen der Hausarzt (84,9 Prozent). Von den Befragten hatten 13,4 Prozent nach eigenen Angaben schon einmal eine Psychotherapie in Anspruch genommen oder waren gegenwärtig in Behandlung. Einen Therapeuten fanden rund ein Drittel dieser Patienten über den behandelnden Arzt (34,6 Prozent), 28,3 Prozent half eine Empfehlung aus dem persönlichen Umfeld und rund ein Viertel (24,2 Prozent) recherchierte erfolgreich selbst. Die Qualität der Psychotherapie wird in der Rückschau positiv beurteilt. Von den Patienten mit abgeschlossener Psychotherapie (10,2 Prozent der Befragten) zeigten sich 78,9 Prozent sehr zufrieden oder zufrieden, 12,7 Prozent waren teilweise zufrieden und 7,3 Prozent unzufrieden oder sehr unzufrieden. 87,2 Prozent dieser Personen vertreten die Auffassung, dass ihnen die Psychotherapie geholfen hat – mit entsprechend positiven Effekten in verschiedenen Lebensbereichen.
www.wido.de/wido_monitor_1_2014.html

Sieben Fragen an

Dieter Debus



Dieter Debus wurde 1957 in Bad Homburg geboren. Zunächst Handwerker und Kaufmann, studierte er im zweiten Bildungsweg Sozialarbeit in Frankfurt am Main. Prägend war für ihn ein Forschungsprojekt zur Ermordung psychisch kranker und geistig behinderter Menschen in Hadamar im deutschen Faschismus, mit dem er sein Studium abschloss. Ab 1987 arbeitete er im Betreuten Wohnen für psychisch kranke Menschen im Lahn-Dill-Kreis und später im Hochtaunuskreis. Seit 2001 ist er beim Frankfurter Verein für soziale Heimstätten beschäftigt, zurzeit als Leiter der Reha-Werkstätten Eschenheimer Tor und Rödelheim.

1. Was ist gut an der psychosozialen Versorgung in Frankfurt am Main?

Ich wohne im Hochtaunuskreis und habe dort bis vor 13 Jahren als Sozialarbeiter im Betreuten Wohnen gearbeitet. Damals haben wir immer mit einem gewissen Neid auf die Versorgungsstrukturen in Frankfurt geschaut. Richtig gut finde ich, dass es hier eine große Anzahl von Leuten gibt, die kooperativ und mit großer Professionalität handeln und nicht nur die Interessen des eigenen Trägers und der eigenen Einrichtung im Blick haben. Auch der Mut etwas auszuprobieren, scheint mir Teil der Kultur hier in Frankfurt zu sein. Das schätze ich sehr.

2. Was müsste in der psychosozialen Versorgung in Frankfurt am Main dringend verbessert werden?

Meine dringendsten Wünsche richten sich nicht an Frankfurt. Ich würde mir wünschen, dass alle, die Leistungen für psychisch kranke Menschen finanzieren, der Fachlichkeit wieder mehr Raum einräumen. Versuche, Kostenersparnis mit immer mehr Bürokratie zu erreichen, nehmen uns meines Erachtens viel Kraft und beeinträchtigen die Qualität der Arbeit. Kooperative Modelle bei der Steuerung des Einsatzes der zur Verfügung stehenden Ressourcen wären sicher effektiver.

3. Welches psychosoziale Angebot ist viel zu wenig bekannt?

Das kann ich leider gar nicht beurteilen. Mein Alltagsblick geht meist in den Bereich der Arbeit und der beruflichen Integration, so dass mir der Überblick fehlt. Natürlich wissen manche Betroffene und Angehörige über unsere Angebote nicht Bescheid. Aber ich habe den Eindruck, dass die meisten psychiatrisch Tätigen in Frankfurt am Main bereit und in der Lage sind, mit Informationen und Rat weiterzuhelfen. Und in Zeiten von Internet ist das sowieso kein unlösbares Problem mehr.

4. Welchem Buch wünschen Sie viele Leserinnen und Leser?

Ich lese gerade eine Trilogie von Pat Baker, die sich mit den psychischen Verheerungen beschäftigt, die englische Soldaten im Ersten Weltkrieg an der Front in Frankreich erlitten. Die Autorin schildert in Romanform die Arbeit eines Neurologen, der versucht, die Folgen der Kriegstraumata psychotherapeutisch zu behandeln. Man kann sehr viel über menschliche Bewältigungsstrategien lernen und damit ein besseres Verständnis zur Entstehung psychiatrischer Erkrankungen erlangen. Keine leichte Lektüre, aber gut zu lesen.

5. Welchen Film haben Sie zuletzt gesehen?

»Grand Budapest Hotel«, eine liebenswerte Komödie, die mir sehr gefallen hat. Nette Geschichte – wunderbare Schauspieler. Das kann man sich schon mal gönnen.

6. Sie haben plötzlich einen Tag frei – was würden Sie gerne machen?

Ich würde die Wanderschuhe anziehen und durch den Taunus wandern. Der liegt bei mir quasi hinterm Haus und ich komme viel zu wenig dorthin.

7. Die Märchenfee erscheint – Ihre drei Wünsche?

Ich kann das Elend in vielen Teilen der Welt kaum aushalten. Da ginge sicher mein erster Wunsch hin: jeder und jedem genug zu essen, eine Perspektive und die Freiheit von Unterdrückung und Gewalt. Wenn die Menschheit dann auch noch aufhören würde, den Planeten zu zerstören, würde ich auf die Erfüllung eines dritten Wunsches gerne verzichten.

» Wenn wir bedenken, dass wir alle **verrückt** sind, ist das Leben erklärt. «

Samuel Langhorne Clemens (1835-1910)
Amerikanischer Schriftsteller, besser bekannt als **Mark Twain**

Keine Ausgabe verpassen – **Treffpunkte** abonnieren !

Die Burgerhilfe setzt fur die **Treffpunkte** jedes Jahr hohe Eigenmittel ein, da sie als kleine Zeitschrift – wie viele Printmedien in der heutigen Zeit – nicht kostendeckend erscheinen kann. Helfen Sie mit, dass die Treffpunkte noch lange ein lesenswertes Forum fur alle Akteure der sozialen Psychiatrie bleibt.

Wir wurden uns freuen, wenn auch Sie sich entschließen, weniger als 20 Euro gut anzulegen:

Bitte hier abtrennen

○ **Ja**, ich abonniere ab sofort die **Treffpunkte** und bitte um regelmäßige Zusendung an folgende Adresse:

_____
Name

_____
Straße

_____
PLZ/Ort

Das Jahresabonnement kostet 19 Euro für vier Ausgaben und kann zum Ende jeden Jahres schriftlich gekündigt werden.

○ **Ich** zahle nach Erhalt der Rechnung

○ **Ich** möchte die **Treffpunkte** mit einem Förderabonnement unterstützen und zahle jährlich _____ Euro
(bitte Wunschbetrag ab 30 Euro eintragen)

○ **Ich** möchte mich nicht selbst um die Überweisung kümmern und stimme deshalb zu, dass die Abo-Gebühr von meinem Konto per SEPA-Lastschrift abgebucht wird.
(In diesem Fall senden wir Ihnen in Kürze wegen der neuen SEPA-Lastschrift-Bestimmungen eine weitere Information zu.)

_____ Datum

_____ Unterschrift

Widerrufsbelehrung:

Diese Bestellung kann ich ohne Angaben von Gründen innerhalb von zwei Wochen schriftlich widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datenschutz::

Wir versichern, dass die angegebene Adresse ausschließlich für Zwecke des Vertriebs der Zeitschrift verwendet wird.

Ihre **Abonnements-Bestellkarte** schicken Sie bitte ausreichend frankiert an die Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V., Holbeinstraße 25-27, 60596 Frankfurt am Main.

Gerne nehmen wir Ihre Abo-Bestellungen auch telefonisch (069-96201869) oder per eMail (gst@bsf-frankfurt.de) entgegen. Sie erhalten dann umgehend eine schriftliche Bestätigung.

Anzeige

Frankfurter
Verein

Reha-Werkstatt Rödelheim

Druckvorstufe

Offsetdruck

Weiterverarbeitung

Mailingservice

KfZ-Beschriftungen

Die Werkstatt

Die Reha-Werkstatt Rödelheim ist eine Einrichtung zur beruflichen und sozialen Integration seelisch behinderter Menschen. Träger ist der Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e.V.

Produkte und Dienstleistungen

Als moderne Druckerei ist die Reha-Werkstatt Rödelheim ein Systemanbieter des grafischen Gewerbes. In der Druckvorstufe arbeitet die Werkstatt mit modernsten Scan- und DTP-Systemen. Sie bearbeitet und belichtet gelieferte Druckdateien. Im Druckbereich und der Weiterverarbeitung werden alle entsprechenden Leistungen erbracht; dazu zählen auch Beschriftungen und Buchbindearbeiten. Die Reha-Werkstatt Rödelheim übernimmt Versand-Dienstleistungen und bietet ihren Kunden somit Komplettlösungen an – von der Beratung über die Satzerstellung und Gestaltung bis zur Auslieferung.

Qualität

Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bearbeitet die Werkstatt – gemäß dem Prinzip „Förderung durch Arbeit" – die Kundenaufträge. Ein Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO 9001:2008 hilft bei der Aufrechterhaltung einer gleichbleibend guten Qualität.

Frankfurter Verein
für soziale Heimstätten e.V.

Reha-Werkstatt Rödelheim
Biedenkopfer Weg 40a
60489 Frankfurt am Main
Fon 069 | 90 74 98-0
Fax 069 | 90 74 98-25